

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 1 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1888 unter Nr. 849.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gesaltete Zeilen oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Monopole in Nordamerika.

Die Ausdehnung des Kapitalismus hat in Nordamerika viel rapideren Verlauf genommen als im alten Europa. Waren erst noch eine Menge von Schranken zu beseitigen, die aus früheren Zeiten übrig geblieben waren und vielfach sehr dauerhaft erwiesen haben. In Nordamerika waren von vornherein so viel Freiheit, daß die Produktionswuth und das Profitfieber wahre Drogen feierten. Infolge dessen haben sich sowohl an Grundbesitz als auch an beweglichem Kapital in Nordamerika in den letzten Jahren solche Massen angehäuft, wie wir sie in Europa kaum kennen.

Wenn man bei uns sagt, die Entwicklung des Kapitalismus und die immerwährende Auffaugung der kleinen Betriebe durch die großen führe schließlich dahin, daß alle Betriebszweige sich in den Händen weniger Unternehmer befinden würden, so schütteln die behabigen Spießbürger ungläubig die Köpfe. Sie glauben, daß bei uns der Kleinbetrieb immer noch einen sehr breiten Raum einnimmt, breiter als in irgend einem andern Landern. Aber es ist auch nicht zu verkennen, daß sich dieser Raum immer mehr verringert. Die nordamerikanischen Zustände zeigen uns, wohin der Kapitalismus führt. Dort sind schon verschiedene Betriebszweige zu Monopolen einzelner weniger Kapitalisten geworden. Es giebt Monopole im Eisenbahnwesen; die Petroleumquellen können als Monopolisten betrachtet werden und auch die Zuckerproduktion ist zum Monopol einer Anzahl von Firmen ausgewachsen. Was von Spiritusring bei uns in Deutschland ist, drüben längst vorhanden; der Zucker-

Wenn wir schon Segner der staatlichen Monopole mit großer Skepsis betrachten, so müssen wir um so mehr Segner der Privatmonopole sein. Diese Privatmonopole sind im Grunde, auf die ganze Einwohnerschaft eines Landes den stärksten Zwang und Druck auszuüben. Es giebt Leute, welche den Sozialisten gegenüber stolz behaupten, der Bedarf eines Landes an Waaren, an Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen ließe sich nicht durch die Statistik feststellen. Diese ungläubigen Thomassen sind bald eines Besseren belehren lassen müssen. Die Bevölkerung der großen Union an Petroleum, an Zucker und anderen lebenswichtigen Dingen braucht. Sie richten darnach die Produktionsmengen ein und indem sie ein bestimmtes Quantum ihrer Waaren auf den Markt werfen, gelangt es ihnen, den Preis dieser Waaren durch gesteigerte Nachfrage

zu erhöhen. Bei der Zuckerproduktion lassen sich diese Manipulationen deutlich verfolgen. Man nimmt an, daß die 60 Millionen Einwohner von Nordamerika je 52 Pfund Zucker pro Kopf und Jahr verbrauchen. Das Monopol hat den Zuckerpreis um 1½ Cent pro Pfund gesteigert und diese Steigerung allein schon bringt den Zuckerbaronen, die am „Ring“ theilhaftig sind, eine Summe von nahezu 47 Millionen Dollars jährlich ein.

Diese großartige Schröpfung erinnert an die Vorläuf- und Preissteigerungsgesellschaften zur Zeit der Reformation. Nur daß die heutigen Monopolgesellschaften viel raffinierter zu Werke gehen als die früheren, und daß der Gewinn tausendfach größer ist.

Indessen sieht das Publikum diesen Dingen auch nicht ruhig zu; man kann in der That „seine Nerven“ bekommen, wenn man sieht, wie diese Monopolisten sich mit ihren Preissteigerungen um Milliarden bereichern, so daß ihnen mit einem Federstrich ein goldener Regen in den Schooß fällt. Sowohl der Goldregen der Danae war noch ein mythologisches Wunder, aber was will es bedeuten gegen den wunderbaren Goldregen, den die amerikanischen Monopolisten hervorzuzaubern vermögen?

In der Presse, soweit sie nicht von den Monopolgesellschaften auch monopolisiert ist, hat sich ein Sturm gegen diese Monopolgesellschaften erhoben. Man verlangt Abhilfe, gesetzgeberische Mittel gegen diese empfindliche Bedrückung und Besteuerung. In der That, die Bedrückung durch solch ein Privatmonopol kann lästiger werden, als jemals eine absolute Regierungsgewalt es war. Wer weiß, was alles noch monopolisiert werden wird? Selbstverständlich wird man immer darauf ausgehen, gerade die nothwendigsten Gebrauchsgegenstände, die unentbehrlichsten Genussmittel in die Hände der Monopolgesellschaften zu bringen. Man stelle sich z. B. einmal vor, es gelänge in späterer Zeit einmal einer großen Monopolgesellschaft, alle Bekleidungsindustrien an sich zu bringen und den Kleinbetrieb zu vernichten. Wir schwärmen gewiß nicht für den Kleinbetrieb, aber in den Händen der Privatmonopole würde die Gesellschaft in eine ganz neue Art von Knechtschaft gerathen, nicht weniger schlimm als die anderen Arten von sozialer Knechtschaft, welche die Geschichte kennt.

Man verlangt Abhilfe von der Gesetzgebung. Ob sich die nordamerikanische Legislatur dazu verstehen wird, gegen die Monopolisten einzuschreiten, das muß man abwarten. Jedenfalls wird sie sich nicht gerne dazu verstehen. Das Geschrei über einen solchen Eingriff in die „persönliche Freiheit“ wird genau so groß sein, als zur Zeit der Sklavenemanzipation.

Wenn die Legislatur sich indessen entschließt, gegen die Monopole vorzugehen, so wird dies einen der bedeutsamsten

Eingriffe der staatlichen Gewalt in die wirthschaftlichen Zustände darstellen. Es wäre unendlich einschneidender, als alles, was bis dato geschehen ist. Unfall- und Altersversicherung, Fabrikgesetzgebung überhaupt und alles, was damit zusammenhängt, greift nicht so tief, als eine Beschränkung des kapitalistischen Monopolismus.

Eine andere Frage freilich ist, wie eine solche Gesetzgebung beschaffen sein müßte, um wirksam zu sein und zu bleiben. An eine besondere Wirksamkeit glauben wir überhaupt nicht. Der Monopolismus bedeutet eine besondere Phase in der naturgemäßen historischen Entwicklung des Kapitalismus und eine solche Phase läßt sich mit einem Gesetz nicht aus der Geschichte streichen. Immerhin aber würde mit einer solchen Gesetzgebung jener Kampf der Staatsgewalt, von dem wir sicher sind, daß die Zukunft ihn allgemein machen wird, mit den Auswüchsen des Kapitalismus beginnen. In Amerika wird die Staatsgewalt früher als anderswo gezwungen, im Interesse der Gesamtheit diesen Kampf aufzunehmen, wie wir sehen.

Die Monopole à la Zukerring sind eine der wüthendsten ökonomischen Erscheinungen; sie sind das Resultat, zu dem ein auf die mancherliche Theorie gegründetes Wirtschaftsleben führen muß. Wer angesichts derartiger Erscheinungen noch die „freie Konkurrenz“ und das „freie Spiel der Kräfte“ für eine wohlthätige Erscheinung halten kann, der muß schon die Absicht haben, selber Monopolist zu werden.

Wenn die nordamerikanische Legislatur den Kampf gegen die Monopole aufnimmt, so wird dieser Kampf der beiden Gewalten der Welt eines der interessantesten Schaupiele bieten, die sich in der Neuzeit auf dem sozial-ökonomischen Gebiet gezeigt haben. Man wird zum mindesten sehr viel daraus lernen können.

Original-Korrespondenzen.

Jürid, 21. Februar. Obwohl gewöhnlich nicht mit den ersten Frühlingsboten der erste Streik begann, so haben wir diesmal ausnahmsweise schon im Februar eine Arbeitseinstellung. Freilich sind es die Herren Fabrikanten, welche die Arbeiter dazu gedrängt haben. Es ist die Schuhfabrik von Steinhäuser, Duktenthaler u. Cie. in Lausanne, die ihren Arbeitern eine Lohnreduktion und eine geradezu blöde Fabrikordnung oktroyiren wollten. Bei elfstündiger angestrengter Arbeitszeit verdienten bisher die Arbeiter in 14 Tagen bis zu 20 Frks. und darunter trotz des theueren Lebensunterhaltes, der in der französischen Schweiz noch kostspieliger ist als in der deutschen. Nachdem gültliche Vorstellungen von Seite der Arbeiter mit Entlassungen beantwortet wurden, blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als zum letzten anwendbaren Mittel, dem Streik, zu greifen und so legten denn am 11. Februar 40 meist ver-

„Ich bin die Frau Müller aus Bollmers, und daß mir kein Mensch was Böses oder Schlechtes nachsagen kann, das will ich Ihnen beweisen, da, hier,“ fuhr sie fort, indem sie ein ganzes Padet Schriftstücke aus ihrem Arbeitsbeutel nahm, „ist mein Tauf- und Impfschein, mein Konfirmations-Zeugniß, mein altes Dienstubuch, denn ich...“

„Meine gute Madame,“ sagte Witte ruhig, „Sie sind hier mit Ihrer Beschwerde am unrechten Platz. Daß Sie eine brave, rechtliche Frau sind, glaube ich Ihnen auf Ihr Wort, aber ich habe mit der Sache...“

„Na, aber dann brauchen auch so ein paar alte Schleichern nicht zu mir ins Haus zu kommen,“ rief die Frau entrüstet, „und mir alle möglichen Grobheiten und Injurien zu sagen!“

„Liebe Madame Müller,“ sagte Witte, ungeduldig werdend, „Sie sind hier an den vollkommen unrechten Ort gerathen, denn wenn Sie, wie ich nach Ihren Reden vermuthen muß, in Ihrem eigenen Hause beleidigt wurden, so gehen Sie einfach auf die Polizei und beschweren sich dort. Einen Advolaten haben Sie dazu überhaupt nicht nöthig.“

„Aber ich will einen haben,“ sagte die Frau ganz entschieden, „denn wenn ich gegen ein paar so vornehme Herren auf die Polizei gehe, so steckt die mit ihnen durch und Unserer kann mit langer Nase wieder abziehen.“

Witte lachte. „Sie haben gute Ansichten von der Polizei, aber Sie sind im Irrthum; ob Sie ein Baron oder ein Graf oder wer sonst beleidigt hat, bleibt dasselbe — die Gesetze sind für Alle gleich. Aber jetzt, liebe Madame, bitte ich Sie, mich zu entschuldigen; ich bin sehr beschäftigt und habe auch mit der Sache gar nichts zu thun. Gehen Sie nur auf die Polizei.“

„Nein,“ sagte die Frau — „Gott bewahre Einen vor der Polizei! Einen Advolaten will ich haben, und wenn's auch kein Baron oder Graf war, so war's doch ein Major und ein Rath, und den Rath besonders, den Herrn Frühbach, den soll mir der Advolat drangsaliiren, daß er schwarz wird!“

„Rath Frühbach — und ein Major?“ sagte Witte, plötzlich aufmerksam werdend, denn er mußte an den ver-

Feuilleton.

Der Erbe.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

Der Staatsanwalt Witte war indessen durch den Anruf des jungen Technikers ebenso überrascht worden, wie der Tochter selber, ohne aber auch nur für einen Moment einen praktischen Standpunkt zu verlieren. Er hatte allerdings keine Ahnung gehabt, daß nach dieser Richtung hin eine Neigung im Aufsteigen wäre — weit eher andererseits, und das mußte doch der Fall sein, sonst würde der junge, sonst so schüchterne Mann nicht gleich mit einem solchen Antrage vorgetreten sein. Aber er wäre nicht böse gewesen, denn er kannte Fritz Baumann als einen ordentlichen und fleißigen jungen Techniker, und wenn die Eltern war ebenfalls nichts einzuwenden. Ein „vornehmer“ Schwiegersonn wäre vielleicht auch ihm gewesen, aber er dachte doch zu vernünftig, um das Diner nicht sein zu lassen, wenn Ottilie selber ihr Glück sah — that sie das aber wirklich?

Er ging in seinem Zimmer auf und ab und dachte gar an Arbeiten, denn wichtigere Dinge kreuzten ihn jetzt das — die Zukunft seines einzigen Kindes. Allerdings die Mutter — das wußte er gut genug — hoch mit dem Haus, und ihr wäre eine derartige Verbindung ein beinahe unvorstellbares Verhängnis gewesen; bei ihr fanden sich denn auch gewiß noch hartnäckigen Widerstand — aber er wollte sich denn nicht Ottilie selber ganz den Ansichten der Mutter anlassen, und sollte sie die so auf einmal und so plötzlich ändern?

Der Staatsanwalt blieb plötzlich in der Stube stehen. Er mußte selber einmal zu seiner Tochter hinübergang, aber das verwarf er am Ende mehr, als es gut machte. Er hätte auch nicht einmal zureden können und mögen, denn eine brillante Partie war es immer nicht; aber er würde

auch nicht abgeredet haben. Es war besser, er ließ der Sache eben ihren natürlichen Lauf.

Draußen auf dem Gang wurde eine Thür geöffnet und hastig wieder geschlossen; er hörte es deutlich, denn seine eigene, in das Schreibzimmer führende Thür stand offen — das konnte doch nicht schon der Brautwerber gewesen sein — vielleicht seine Frau. Er schritt hinaus über den Vorfaal in seiner Frau Wohnstube, um dort aus dem Fenster auf die Straße zu sehen. Wahrhaftig, dort ging der junge Baumann mit raschen Schritten gerade über den Weg!

„Abgelehnt,“ nickte er leise vor sich hin — ob ich es mir denn nicht gedacht habe — armer Junge — aber es ist, wie ich gefürchtet: das Mädel hat, wie man so sagt, große Köpfen im Topf, und ihre Mama quillt sie noch auf.“ — Er zuckte mit den Achseln. — „Ich kann's nicht ändern, und das Bescheidteste wird sein, ich thue, als ob ich gar nichts von der ganzen Geschichte wüßte.“

Damit drehte er sich um und glitt wieder — dieses Mal mit geräuschlosen Schritten — in sein Bureau hinüber, wo er sich an sein Pult setzte und arbeitete. Er wollte das Ganze ruhig an sich kommen lassen.

Eine gute Viertelstunde, vielleicht etwas länger, mochte er so ungestört geblieben sein, als einer seiner Schreiber den Kopf in die Thür steckte und sagte: „Herr Staatsanwalt, es ist eine Frau hier, welche Sie selber zu sprechen wünscht.“

„Wer ist es?“

„Die Frau Müller aus Bollmers.“

„Soll herein kommen,“ sagte der Staatsanwalt mürrisch; er hatte den Kopf voll und die Störung war ihm nicht gelegen.

„Guten Tag, Herr Advolat!“ sagte Madame Müller, indem sie sich in der Stube nach einem Platz umsah, wo sie ihren Schirm abstellen konnte, denn sie brauchte ihre Hände für den Strickbeutel.

„Guten Tag, liebe Frau! Was wünschen Sie?“

„Sehen Sie, Herr Advolat,“ sagte Madame Müller, indem sie den Schirm glücklich hinter dem Sopha anbrachte,

dentum" über die Grenze lief und auf russischem Boden stand. Ein russischer Grenzsoldat zu Pferde gab auf die Erlaubnis, daß der Hirsch von den Treibern gezo- gen dürfe. Als jedoch der daraufhin abgelande Treiber machte, das Thier zu bebden, warf ihm der Soldat einen um den Leib, hieb auf sein Pferd und den sich sträubenden Hirschen ein und fort ging in Karriere. Schützen und Jäger waren stark vor Schreck. Gleich darauf fuhr einer der nach Leiblich, um den Anreifer zu rekrutieren, in dessen Ver- such von dem Soldaten nicht hingebraut worden. Ver- schieben Anfragen bei anderen Stationen hatten gleichfalls keinen Erfolg und bis zum Mittwoch war der Mann, wie die „Drom- edar-Zeitung" meldet, noch nicht wieder zurückgeleht. — Das alles der Erbfeind!

Oesterreich-Ungarn.

Es giebt wohl nicht leicht eine Industrie, in der die Sitt- lichkeit der Frauen und das Schamgefühl der Kinder so bedroht ist, als gerade die Zuckerindustrie, denn die Frauen können in diesen Fabriken (mindestens 30 Grad C., in der Trocken- schmelze 50 Grad C.) höchstens Hemd und Unterrock tragen. Immer sind gezwungen, total nackt bis zu den Lenden zu sein.

Die Arbeiter in diesen Fabriken neigen natürlich zum Al- koholismus, vertragen denselben aber weniger wie andere Ar- beiter und geben leicht daran zu Grunde. Und dennoch ist wohl keine Industrie für die jeweiligen Arbeiter so lukrativ und wird von den gesetzgebenden Ge- waltigen so stark protegirt, wie gerade die Zuckerindustrie. Vor kurzem war diese Frage von dem österreichischen Reichs- rath Gegenstand der Verhandlungen, das heißt, die Zucker- fabrikanten verlangten, gleich den Deutschen, 1. B. Ausfuhr- steuern. Bei diesen Verhandlungen hat der demokratische Abgeordnete Kronawetter eine Rede gehalten, die ver- merkt, daß wir dieselbe auszugsweise wiedergeben. Er sagt, „daß es sich um ein großes National- problem von 50 Millionen Gulden ö. W. handle, zahlbar in 10 Jahren in 5 Millionen Gulden, welches wenige hun- derttausend Fabrikanten vom österreichischen Staate, von den öster- reichischen Steuerträgern bekommen sollen. Es kommen, glaube ich, im Jahre auf jedes Fabrikat ein Durchschnitt 25 000 Fl. vor. Soll dieses Nationalproblem gemacht werden? Die Vor- schläge, welche alle österreichischen Staatsbürger davon haben, wurden uns im Laufe der Debatte von den verschiede- nen Seiten des hohen Hauses in einer glänzenden Weise vorgetragen. Ich wurde durch alle diese Ausfüh- rungen nicht überzeugt. Es machen sich nämlich in allen Staa- ten parlamentarischer Vertretung große, mächtige Interessen geltend, diese kämpfen mit einander einige Zeit um Vortheile, welche die Ausbeutung des Gesamtin- teresses des Staates und seiner Bevölkerung dem einzelnen Fabrikanten bieten kann. Bald aber sehen diese privilegierten Interessengruppen ein, daß aus diesem Kampfe unter- und mittel- langfristige Vorteile herausfließen, daß es besser ist, wenn diese gegenseitig kartelliren, ihre Sondervortheile zusammen zu fassen und auf den breiten Rücken der großen Masse des Volkes die Belastung wälzen, aus welcher ihre Vortheile und Vorteile resultiren. Nun, meine Herren, ich finde das voll- ständig erklärlich. Unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung ist eine gegenwärtige Staats- und Wirtschaftsordnung ist gar nichts anderem aufgebaut, als auf der Herrschaft des reinen Individualismus und auf der individuellen Konkurrenz. Nach diesem Systeme muß jeder allein für sich sorgen und Gruppen von gleichen Interessenten thun können, um in vereinigter Kraft nur für sich selber zu sorgen, ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe aller anderen. Betrachten wir, meine Herren, unsere allgemeinen Verhältnisse, unsere Zustände und besonders diejenigen, welche im Jahre 1874 herrschten, zur Zeit, als die Petition der Zucker- fabrikanten einen so fabelhaft günstigen Erfolg erzielte. Da- mals waren es sieben sechziger Jahre, fallen bei uns die ersten Reformen dahin nur in Theorien und in Büchern auf, während in demokratischen Anschauungen in das praktische Leben einzuführen.

Sozialdemokratische Bestrebungen rangen damals bei uns Deutschland unter den weniger beherrschten Volksklassen in der praktischen Geltung. Zu jener Zeit bekämpften sich zwei Parteien, die Schulze-Dehlig und Lassalle, und die Schlagworte „Selbsthilfe" und „Staatshilfe". Das Lassalle'sche System suchte einen Uebergang zu besseren gesellschaftlichen und ökonomischen Zuständen dadurch zu gewinnen, daß es den Staat an die Arbeiter durch staatliche Subventionen heranziehen, er möge diese Affoziationen nichts schenken, sondern ihnen seine Subvention nur leihen, — wenn sie sich selbst zu leihen vermag. Nun, diese Theorie hat natür- lich keinen Reiz, denen die Zuckerfabrikanten angehören, die den Staat zur Bewilligung erfahren und der Bourgeoisökonomie gegenüber mit seiner Selbsthilfe ist von dieser Seite aus nicht gleichgiltig worden. Und was geschah von jenen Herren,

und dadurch eine Beleidigung nicht allein erlitten, sondern auch gleich erwidert." „Der Herr soll da ruhig bleiben, wenn einem ein eigener Haufe..." „Ich gebe Ihnen ganz Recht, verehrte Frau — in Ihren Augen sind Sie vollkommen entschuldigt und wir hätten unter ähnlichen Verhältnissen vielleicht das Gleiche gethan; aber die Gesetze sind darin außerordentlich streng, und bedenken Sie selber, wie das aussehen würde, wenn Sie jemanden gerade eines Vergehens wegen verurtheilt hätten, das Sie ebenso gegen ihn verübt." (S. f.)

Aus Kunst und Leben.

Ballner-Theater. Für seinen langjährigen Freund und Kollegen Karl Mittel veranlaßt zu dessen 40jährigem Jubiläum Direktor Hasemann am nächsten Sonnabend im Ballner-Theater eine Benefizvorstellung, in welcher die besten Einakter: „Der Zigeuner", „Ein delikater Aufstrich" und „Der moderne Barbar" zur Aufführung gelangen. Karl Mittel vertritt hier, wo er am Ballner-Theater so lange Jahre in der reichhaltigsten Weise künstlerisch thätig war, größter Beliebtheit, tritt zum letzten Mal in seinen Glanzrollen auf, als Künstler, der bekanntlich seines Augenlichtes fast ganz beraubt ist, die fernere schauspielerische Thätigkeit verläßt ist. Die Besetzung des Ballner-Theaters am nächsten Sonnabend seine Sympathie durch zahlreichen Besuch zu erwarten.

Ausstellung für Luftschiffahrt. Aus Wien schreibt man, daß die Ausstellung an der mit 1. April hier zu eröffnenden internationalen Ausstellung für Luftschiffahrt und Flugtechnik auch von Seiten des Auslandes eine sehr rege Theilnahme zu erwarten ist. Aus Paris werden sich die ersten aeronautischen Firmen der Welt nach Berlin für die „Deutsche Verein zur Förderung der Luftschiffahrt" korporativ ausstellen. Zahlreiche Modelle von Flugmaschinen werden zur Ansicht kommen. Die Ausstellung für die Ausstellung im Prater sind vollständig vorbereitet. Im Laufe des Sommers wird eine Reihe von sechs bis acht Ballons gleichzeitig aufsteigen; ferner sollen Fallschirme und Luftschiffe kommen und überhaupt den Besuchern der Ausstellung die ganze Saison hindurch jede mögliche interessante Unterhaltung geboten werden.

die Lassalle und seine Theorie den Arbeitern gegenüber mit dem Schlagworte „Selbsthilfe" bekämpften, im eigenen Lager? (Sehr gut! Weiterheit links.) Man hat mit Staatshilfe Zuckerfabrik- Gesellschaften geschaffen und Establishments sehr reicher Privaten glänzend subventionirt, man hat Eisenbahn-Aktiengesellschaften mit Staatshilfe geschaffen. Das, was man auf der einen Seite der arbeitenden Bevölkerung als eine große national-ökonomische Nothwendigkeit, als eine Thorheit, als eine Verwirrung der Massen, als eine Verheerung derselben gegen das Großkapital darstellte, das hat man auf der anderen Seite im eigenen Lager selbst gethan; so ist es gekommen, daß, wie der Herr Abg. Dr. v. Plener berechnet hat, für die einzige Zucker- industrie 350 Millionen Gulden aus der Staatskasse, das ist aus dem Volksoermögen, herausgenommen und in die Taschen weniger Millionäre hineingesteckt wurden. Aber die Herren, welche sich Zuckerporträmmen und Staatssubventionen für Eisenbahn-Unternehmungen verschafft haben, sind viel pfiffiger und feiner gewesen, als die große Bevölkerung, sie haben sich weder um Lassalle, noch um Schulze gekümmert, haben nichts gesprochen, sie haben, schweigend und in einer für die Bevölle- rung ganz unauffälligen Weise von ihrer Macht im Staate Gebrauch gemacht; die Zuckerindustriellen z. B. haben sich einfach mit einer Petition an den Reichsrath gewendet, ihre Petition schnell gehört, ihr Wunsch wurde rasch und vollständig erfüllt. Die Bevölkerung aller zivilisirten Staaten sollte aus solchen Vorgängen entnehmen, wie viel der Parlamentarismus heute werth ist, sie soll wissen, wie die Interessen des Volkes in den heutigen Parlamenten vertreten werden.

Großbritannien.

London, 23. Februar. Die „Times" meinen: Das Projekt, daß die Pforte die Stellung des Prinzen Ferdinand in Bul- garien als illegal bezeichne, könne nur ein Resultat haben, wenn die Mächte wüßten, welche weiteren Schritte seitens des russischen Kabinetts in Aussicht genommen seien. Dies sei die Anschauung der Regierung Großbritanniens und hätten sich Italien und Oesterreich in gleichem Sinne geäußert.

Rußland.

Petersburg, 23. Februar. Der „Regierungsbote" veröffent- licht ein Communiqué, worin die kaiserliche Regierung ihre An- schauung über die bulgarische Frage ausdrückt. Nach näherer Ausführung wird darin betont, die Erwägungen hätten die Re- gierung von Anbeginn der bulgarischen Krise an geleitet und dieselbe bewogen, von Hause aus jeden Gedanken an die Ewen- tualität der Wiederherstellung der Gesehlichkeit in Bulgarien mit Hilfe von Gewalt abzulehnen.

Italien.

Rom, 22. Februar. Das Journal „Esercito" macht auf französische Truppenansammlungen an der italienisch-französischen Grenze aufmerksam und sagt, die Regierung sei über die Vor- bereitungen zur Konzentration von Kriegsmaterial jenseits der Grenze vollständig unterrichtet und verfolge wachsamem Auge diese Maßnahmen, welche durch die Haltung Italiens von keinem Gesichtspunkte aus gerechtfertigt erscheinen. Was von der Land- grenze gesagt werde, verleihe sich natürlich auch von der See- grenze.

Spanien.

In Spanien ist wieder einmal eine Ministerrath in An- zuge. Dieser Tage wird die Kommission gewählt, welche die Finanzreformen Senator Puigcerver's begutachten soll. Gegen diese Reformen hat sich eine starke Opposition erhoben und die ganze Regierungsmajorität droht aus den Fugen zu geben. Der Finanzminister hat erklärt, daß er seine Demission geben werde, wenn die Wahl seine Entwürfe günstige Ma- jorität ergebe, und nun machen die Herren Sagasta und Martos alle Anstrengungen, um die Disziplin der Majorität aufrecht zu erhalten und den Mitgliedern zu beweisen, daß die De- mission Puigcerver's den Zusammenbruch des ganzen Kabinetts nach sich ziehen werde. Sagasta hat zur Zeit auch noch mit dem Horn der Reformisten zu kämpfen, der einfach ist, weil der Herzog von Montpensier das Land meiden muß und alle Reformpläne ein plötzliches Ende genommen haben. Caste- las Organ „El Globo" beschuldigt den Herzog nicht bloß, er wolle Regent von Spanien werden, sondern deutet auch an, er lege Pläne, deren Ausführung die Monarchie in Spanien ruiniren würde. Seine Rolle soll dem Herzog in der großen Ozeanistenkonferenz, die kürzlich in Sevilla stattfand, zuge- wiesen worden sein, bezw. wird er sich wohl selber genommen haben. Die Sache wurde der Regierung verrathen, die ihre Maßregeln ergriff und nun sitzt der Herzog verbannt in Paris und die Königin Isabella wallfahrt nach Rom. Alle Klagen an die Königin-Regentin lehnt diese mit dem Hinweis auf ihre verantwortlichen Minister ab. Ob diese dem aufstehenden Sturm gewachsen sind, wird die nächste Zukunft lehren.

Amerika.

Henry George hat das Kunststück fertig gebracht, sich mit einer Geschicklichkeit um Ruf und Ansehen zu bringen, die Niemand, auch sein bester Feind nicht, ihm zugetraut hätte. Die „Vereinigte Arbeiterpartei", deren rapiden Verfall wir bereits gemeldet haben, ist so ohnmächtig, daß Henry George von vorn herein darauf verzichtet hat, in den jetzt binnenden Wahlkampf um die Präsidentschaft einzutreten. Er hat dem zusammen geschmolzenen Häuflein seiner Lieben erklärt, man müsse mit der Volksthat Cleveland's zufrieden sein und für Cleveland's Wiederwahl und — Frei- handel thätig sein. Also zum gewöhnlichen Schlepptau- politiker und Mandatsträger hat der Verfasser von „Progress and Poverty" (Fortschritt und Armuth), der weiland himmel- stürmende Feind der alten korrupten Parteien sich rück- wärts entwickelt. Mit Mac Glynne, der den umgekehrten Entwicklungsgang durchmacht und den Radikalen spielt, ist Henry George ganz verfeindet. Sie sagen einander die größten Grobheiten; und Mac Glynne hat neulich seinen ehemaligen Freund mit der Bemerkung ab: „Ich hatte ihn für einen Staatsmann gehalten und er ist nur ein gemeiner politischer Politician." Politician ist das Englische für Politiker, hat aber in America die denkbar schlechteste Bedeutung und ließe sich allenfalls mit berufsmäßigem Geschäftspolitiker übersetzen. Mac Glynne, der beiläufig nicht mehr in den Priesterstand zurückkehren will — wie er versichert — agitirt seinerseits für die Aufstellung eines Arbeiterkandidaten zur Präsidentschaftswahl. Die Arbeiter trauen dem Herrn jedoch nicht, und sie haben recht. Diese pfäffischen Sentimental-Politiker sind unberechenbar und immer falsch.

Der Hauptausfuhrartikel der Vereinigten Staaten ist Get- reide, und dieses wird ein Bericht über den Handelsverkehr des Hafens von New-York nachweist, so gut wie ausschließlich in fremden Schiffen transportirt. Unter den sämtlichen Dampfern, welche letztes Jahr Getreide von New-York nach Europa führten, befand sich nur ein amerikanischer Dampfer, der „Illinois", und ein Segelschiff, welches bezeichnend genug den Namen „Der ewige Jude" führte. Der „Illinois" machte in- des fünf Fahrten. Bei weitem der größte Theil des Getreide- transports wird in englischen Schiffen besorgt. In 705 eng- lischen Dampfern (diejenigen, welche mehrere Fahrten machten, sind für jede Fahrt gezählt) wurden 32 962 609 Bushels Getreide nach Europa befördert. Der Zahl der Dampfer nach dem Deutschland mit 140 Dampfern und 3 614 574 Bushels zunächst. Aber der Bushelzahl nach ging ihm Belgien mit 78 Dampfern und 5 263 129 Bushels vor. 58 französische Dampfer nahmen 3 064 025 Bushels mit, 45 holländische 1 768 165 Bushels, 25 italienische 1 560 878 Bushels, 16 spanische 990 841 Bushels, 25 dänische 797 971 Bushels. Zusammen wurden in Dampf- schiffen in 1107 Fahrten 50 761 576 Bushels Getreide von New- York aus verschifft. Dagegen ist der Transport in Segelschiffen nur noch ganz gering. In 74 Segelschiffen wurden 1 992 821 Bushels befördert. Hier kamen die Italiener mit der größten

Zahl, dann die Oesterreicher, dann die Portugiesen, Engländer, Deutschen, Norweger u. s. w. Die Zahl der Segelschiffe, die Getreide führen, nimmt reichend ab. Sie betrug vom Hafen New-York aus 1880 noch 1789 gegen 1292 Dampfern. Seit- dem ist sie stetig bis auf 74 im letzten Jahre herabgegangen. Bald werden die Segelschiffe aus dem Getreidetransport gänz- lich verschwunden sein.

Es hängt das mit der ganzen ökonomischen Entwicklung zusammen. Die Segelschiffe repräsentiren heutzutage nicht mehr den großkapitalistischen Ver- trieb, der auch in der Schiffahrt des Dampfes bedarf und immer größere Kolosse für den transoceanischen Verkehr braucht.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Metallschrauben-, Facendreher und Berufsgenossen Berlins hielt am 19. Februar im „König- stadt-Kaffee", Holzmarktstr. 72, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Werden Nichtmitglieder im Fall eines Streiks vom Fachverein fernerhin unterstützt oder nicht? 2. Sind Mitglieder, welche zweimal aus der Vereinigung ausgetreten, bei der dritten Aufnahme verpflichtet, den bei ihrem zweiten Ausscheiden verbliebenen Rest nachzuzahlen? 3. Besprechung über ein Vergütungs für die Mitglieder. 4. Verchie- denes. Zu Punkt 1 sprachen die Herren Jacobs und Hirsch gegen die Unterstützung der Nichtmitglieder. Die Versammlung beschloß darauf einstimmig, Nichtmitglieder in Zukunft bei Streiks nicht zu unterstützen. Zu Punkt 2 sprachen die Herren Jörn, Voigt und Magnus dafür, daß Mitglieder, welche zwei- mal aus der Vereinigung ausgeschieden sind, das dritte Mal den Rest nachzuzahlen haben, da von vielen Kollegen, wenn Sie größere Rückstände haben, es vor- gezogen wird, sich von neuem einschreiben zu lassen, um dadurch zu sparen. Auch hierin beschloß die Versammlung ein- stimmig, daß beim dritten Eintritt in den Verein der Rest nach- gezahlt werden muß, widrigenfalls die Aufnahme verworfen wird. — Zu Punkt 3 wurde beschlossen, am Sonntag, den 18. März, bei Keller's, Andreasstraße 21, ein Vergütigen abzu- halten. Hierauf beschloß die Versammlung, die Unterstützung eines Mitgliedes für beendet zu erklären. Auf Antrag Hirsch wurde beschlossen, das „Welt-Neue Zeit" durch Anlauf zu ver- vollständigen. Zum Schluß machte der Vorsitzende die Mit- theilung, daß die Generalversammlungen jetzt immer pünktlich um 11 Uhr eröffnet werden und ersuchte die Mitglieder, recht zeitig zu erscheinen.

Der Verband deutscher Zimmerleute (Lokalverband „Berlin-West") hielt am 13. Februar im Hohenzollernpark, Steglitzerstr. 27, eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über das deutsche Vereinswesen und die politische Aussicht. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Der Vortragende, Herr Rechtsanwalt Dr. Perl, leitete seinen Vor- trag mit dem Bemerkten ein, daß er vom Vorsitzenden ersucht worden sei, den Mitgliedern auseinander zu setzen, wo bei Be- rathung der wirtschaftlichen Fragen in gewerkschaftlichen Ver- einen das „Gewerkschaftliche" aufhöret und das „Politische" an- fängt; darauf könne er nur erwidern, daß nicht er allein, sondern auch andere juristisch gebildete Männer keine bestimmte Grenze finden können. Es komme sehr häufig vor, daß bei Be- rathung wirtschaftlicher Fragen auch das Politische mit hinein gezogen werden muß. Es dürften aber die Besprechun- gen sich nicht auf die Allgemeinheit ausdehnen, wenn nicht die Behörde dies als eine politische Handlung ansehen soll; die Debatte müsse sich vielmehr auf die Verhältnisse der betreffenden Gewerkschaft beschränken. Der Vortragende führte speziell einen Fall an, wie es einem gewerkschaftlichen Verein in Niddorf er- gangen sei. Es habe zwar seit dem Jahre 1850, wo das preussische Vereinsgesetz in Kraft trat, jeder Preusse das Recht, sich zu vereinigen und durch die Vereinigung seine wirtschaftliche Lage zu verbessern durch Erzielung höherer Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit (soweit das Koalitionsrecht den Arbeitern zur Seite steht), jedoch dürfte dasselbe nicht gemißbraucht werden. Wenn z. B. Per- sonen, welche den von einer Versammlung gefaßten Beschlüssen nicht nachkommen, von anderen durch Drohungen, Ehrenkränkung oder Verloß gestraft werden, was schon öfter vorgekommen, so sei dies strafbar. Solche Vergehen müßten die Gewerkschaften strengstens zu verhüten suchen. Nachdem sprach der Vortragende über Kassenvereine, politische Vereine und Wahlvereinigungen und verlas aus dem Vereinsgesetz die Bestimmungen über die Pflichten der Vereinsvorstände und der Mitglieder, sowie über die Befugnisse der Behörde. Auch erläuterte er die Beschrän- kungen des Vereinsrechts seit Erlass des Sozialistengesetzes und Verhängung des kleinen Belagerungszustandes. In den Vor- trag schloß sich eine rege Diskussion, in welcher der Vortragende mehrere gestellte Fragen näher beantwortete. In der Diskussion hatte der Vortragende vernommen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes deutscher Zimmerleute in Berlin nur eine sehr geringe sei und daß die Organisation mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Er sprach darauf in seinem Schlußwort den Mitgliedern Muth zu; eine kleine Zahl sei und einzig zusammen- haltender Mitglieder könne schon sehr viel thun, auch würde wieder einmal die Zeit kommen, wo sich die Verhältnisse ändern und der Verband an Mitgliedern bedeutend wächse. Nachdem noch die im Fragelasten befindlichen Fragen beantwortet waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen hielt am 20. d. Mts. in Keller's Lokal seine erste Generalversammlung ab. Nach Beendigung der Abrechnung sprach der Vorsitzende sein Bedauern darüber aus, daß von 215 Mitgliedern bis zum 29. Januar erst 126 ihre Beiträge bezahlt haben; die Kollegen müßten es sich zur Pflicht machen, die Beiträge regelmäßig zu bezahlen. Zu „Verschiedenes" wurde bekannt gegeben, daß die Kommission einen Fragebogen ausgearbeitet habe, um statistisches Material zu sammeln. Ferner wurde über 30 000 Paar Militärstiefel, welche der Innung zur Anfertigung überwiesen worden sind, debattirt. Es wurde betont, daß zwar der von der Militärverwaltung gezahlte Preis ein verhältnismäßig niedriger sei; die Innung, wie auch die betreffenden Meister jedoch dadurch, daß der Lohn so gedrückt würde, daß der Arbeiter bei schwerer und langer Arbeitszeit kaum das Allernothigste zum Leben habe, noch ein gut Stück Geld daran verdienen. Verschiedene Redner sprachen sich dahin aus, daß die Kommission dem gegenüber Stellung nehmen müsse und beim Innungsvorstand dahin wirken solle, daß die Unternehmer einen auskömmlichen, der Arbeit entsprechenden Minimallohn zahlen. Da ein Kommissionsmitglied sein Amt niedergelegt, wurde Herr Sühmaier an dessen Stelle gewählt. Außerdem wurden, da eine Teilversammlung von dem überwachenden Be- amten nicht gestattet wurde, 20 Marx aus der Vereinskasse für einen in große Noth gerathenen Eibinger Kollegen bewilligt. Nächste Versammlung am Montag, den 5. März, in demselben Lokal.

Halle a. S., 22. Februar. Gestern fand hier eine vom „Wahlcomitee der deutschen Reichspartei" einberufene „öffentliche" Versammlung statt, mit der Tagesordnung: 1. Die freiwillige Pflege im Kriege Verwundeter. 2. Die Alters- und Invaliden- versicherung der Arbeiter. Den Vorsitz führte Herr Vönders- direktor Kauter. Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung hielt Herr Banier Lehmann eine äußerst trockene Vorlesung. Bemerkenswerth ist, daß er auf den naheliegenden Gedanken, wie die Kriege und die dadurch entstehenden Verwundungen zu verhüten sind, nicht einging. Er theilte mit, daß die Genossen- schaft zur freiwilligen Pflege Verwundeter nur aus Personen der „gebildeten Stände" bestände, und führte weiter aus, daß in derselben leider beim letzten Kriege viele Mängel sich heraus- gestellt hätten, da unter den Pflegern viele „fragwürdige Ele-

mente" und selbst bestrafte Subjekte gewesen wären. (Das ist allerdings für die "gebildeten Stände" nicht sehr schmeichelhaft. D. R.) Er schloß mit einem Appell an die Vaterlands- und Nächstenliebe. — Hierauf theilte der Vorsitzende mit, daß sich ein Herr Hoffmann zum Wort gemeldet hätte. Er fragte Herrn D., ob dieser einer der "Kartellparteien" angehöre. Als diese Frage verneint wurde, hieß es: "Dann erhalten Sie das Wort nicht!" Stimmen aus dem Publikum: "Ich bitte ums Wort!" Vorsitzender: "Ihr Name?" Antwort: "Hofmeister!" Vorsitzender: "Gehören Sie zu einer der Kartellparteien?" Hofmeister: "Das thut nichts zur Sache; hier ist eine öffentliche Versammlung, welche selbst zu beschließen hat, wer hier sprechen soll. Die Versammlung besteht aus majorenren Männern, also lassen Sie abstimmen!" Vorsitzender: "Hier hat niemand etwas zu sagen, wie ich. Ich ertheile keinem Redner das Wort, der nicht zu einer der Kartellparteien gehört!" Hofmeister: "Dann fordere ich meine Freunde auf, mit mir das Lokal zu verlassen!" Hierauf verließen etwa 100 Personen den Saal. Der Vorsitzende rief ihnen nach: "Meine Herren! Sie können ja, wenn Sie sich hübsch ruhig verhalten, hier bleiben, nur reden dürfen Sie nicht!" (Schallendes Gelächter. Zurufe: "Graulen Sie sich nicht!" u.) Nur etwa 40 Personen blieben hierauf noch in dem Saal. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung konnte so recht "familiär" erledigt werden.

Polizeilich nicht genehmigte Versammlung. Die von Herrn Dreiholz nachgesuchte polizeiliche Genehmigung zu einer am Sonntag, den 26. d. M., in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75, anderamtlichen öffentlichen Versammlung der Gas-, Wasser- und Heizungs-Arbeiter Berlins und Umgebend mit der Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Arbeiter Berlins zu einer Lohnaufbesserung in der diesjährigen Bauperiode. (Referent Herr Julius Redner.) 2. Gewerkschaftliches, wurde vom Polizeipräsidenten verweigert.

Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Sonnabend, den 25. Februar: Gemüthliches Beisammensein mit Damen im Restaurant Meyer, Alte Jakobstr. 83. Anfang 8½ Uhr. Kollegen, Gäste und Damen sind willkommen.

Generalversammlung des Fachvereins der Former und Berufsgenossen findet am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 11 Uhr, in Kaufmann's Lokal, Invalidenstr. 144, statt. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Baumgarten über "Die Ideen des ewigen Völkerr Friedens." Diskussion. Ergänzungswahl zum Vorstand. Verschiedenes und Fragekasten. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Zur Beachtung für Maurer und Zimmerleute! Am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 Uhr, findet in Duggenhausen's Saal, am Moritzplatz, eine vom Innungsabschluss für das Gesellenwesen einberufene Versammlung statt. Tagesordnung: Besprechung über die Bildung eines Gesellen-ausschusses, für welche auf Grund des § 36 des Innungsstatuts 5 Maurer, 5 Zimmerer, sowie je 3 Stellvertreter gewählt werden sollen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg), Filiale Berlin 8. Versammlung am Sonntag, Vormittag 9½ Uhr, Badstr. 82 bei Gottschalk. Tagesordnung: 1. Kassenericht. 2. Vortrag des Herrn Hiele, Lehrer der Naturheilkunde. 3. Innere Kassangelegenheiten.

Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen. Sonnabend, den 25. d. M., Abends 8½ Uhr, bei Jordan, Neue Grünstraße 28, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gerlich über Finnland (Land und Leute, Sitten und Gebräuche). 2. Vierteljahresabrechnung. 3. Verschiedenes. Ausgabe der Billets zu dem am 10. März in den Räumen des Vereins junger Kaufleute, Beuthstraße 20-21, stattfindenden Maslenball. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich bei Herrn C. Prinz, Wienerstraße 62, Hof 1 Tr.

Verein der Steinhauer Berlins und Umgebend. Generalversammlung am Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 9½ Uhr, im Lokale Gartenstraße 123. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Revision der Kasse und Jahresabschluss. 3. Wahl des Vorstandes und der Kassenerisoren.

Die Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufsklassen (E. S.), Filiale Berlin, hält am Sonnabend, den 25. d. M., Abends 8 Uhr, Blumenstraße Nr. 78 bei Wollschläger eine Versammlung ab. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung sowie zu jeder Tageszeit beim Vorsitzenden Sasse, Hasenbaude 48, und beim Kassierer Schilling, Kopenstraße 48, aufgenommen.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Freitag. Kaiserlicher Männergesangverein in Abends 9 Uhr im Restaurant Vettin, Veteranenstr. 19. — Gesangverein "Pauflendeutel" Abends 8½ Uhr im Restaurant Hensel, Alexandrinenstr. 16. — "Liederstapel der Maler Berlins" Abends 8½ Uhr Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 7, Restaurant Berg. — Gesangverein "Alpenalpen" Abends 9 Uhr im Restaurant Hildebrandt, Prinzstr. 97. — Gesangverein "Flöter'sches Doppel-Quartett" Abends 9 Uhr im Restaurant Rusehold, Landsbergerstr. 31. — Gesangverein "Bruderbund" Abends 9 Uhr im Restaurant Schmidt, Manteuffelstr. 71. — Gesangverein "Norddeutsche Schleiße" Abends 9 Uhr Rönigkstr. 127a im Restaurant Goelling. — Gesangverein "Lilian" Abends 9 Uhr Dresdenerstr. 85 bei Gustavus. — Huppert'sche Sängervereinigung "Harmonie" Abends 9 Uhr bei Riest, Weberstraße 17. — Berliner Turngenossenschaft (V. Männerabteilung) Abends 8½ Uhr in der städtischen Turnhalle, Wasserthorstr. 31. — Turnverein "Hasenbaude" (Männerabteilung) Abends 8 Uhr Dieffenbachstr. 60/61. — Turnverein "Froh und Frei" (Männerabteilung) Abends 8½ Uhr Bergstr. 57. — Wissenschaftlicher Verein für Koller'sche Stenographie. Abends 8½ Uhr im Restaurant Bietzen, Dorotheenstr. 31, Unterricht und Uebungsstunden. — Allgemeiner Arends'scher Stenographenverein, Abteilung "Vorwärts", Abends 8½ Uhr im Restaurant Koll, Mariannenplatz 11. — Arends'scher Stenographenverein "Apollobund" Abends 9 Uhr im Restaurant, Seydelstr. 30. —

Verein ehemaliger Dr. Doeberlin'scher Schüler" Abends im Restaurant Krebs, Friedrichstr. 208. — Boigtantant-Orchesterverein. Abends 8½ Uhr Uebungsstunden im Restaurant Lehmann, Alexandrinenstr. 32. — Jüthnerverein "Veilchen" Abends 8½ Uhr im Restaurant "Wahlstraße" Alliancestraße 89. — Rauchklub "Westend" Abends 8½ Uhr im Restaurant "Wahlstraße" Abends 8½ Uhr im Restaurant Wasserthorstr. 10/11.

Briefkasten der Redaktion

Sprechstunden der Redaktion
nur von 12-1 Uhr Mittags und 7-8 Uhr
Bei Anfragen bitten wir die Annoncen-Quittung beizufügen.
Antwort wird nicht ertheilt.

Der Kassierer vom Senefelder Bund wird gebittet, Expedition seine Adresse anzugeben.
Frrrr. Sie sind jetzt Angehöriger des Landwehr-Aufgebots. Sie brauchen sich nicht zu melden. Vergleichen Artikel in heutiger Nummer "Die Ersatzreserve" mit dem neuen Wehrgesetz.

§. 5. 10. Wenn kein Testament vorhanden ist, in der Mark Brandenburg der Ehegatte, gleichviel, ob oder Verwante vorhanden sind, die Hälfte des gesamten Vermögens beider Gatten. So lange aber der Mann, herrscht hier, mangels besonderer Eheverträge, gemeinschaftlich, sondern der Mann hat an dem Vermögen Frau nur das Niebrauchs- und Verwaltungsrecht.

§. 5. 11. 1) Ja. 2) Aus praktischen Gründen. 3) Dagegen können Sie nichts machen, wenn das Verbot nicht kontraktlich ausgemacht ist. 4) Das ist nicht bekannt. 5) en bloc = in Pausch und Bogen. Annahme eines Gesentwurfes = Annahme, ohne über jeden Punkt getrennt abzustimmen.

§. 5. 91. Hamburg hatte Anfang Dezember 432 518 Einwohner.

§. 5. 19. Der Hausverwalter ist in seinem Recht der Kontrakt das Geld von Mietermännern von Genehmigung abhängig macht, so kann der Wirt oder Vertreter die bloß mündliche Erlaubnis jeder Zeit widerrufen und Ermittlung androhen. In der Unterzeichnung der lichen Anmeldung liegt noch keine Genehmigung.

§. 5. 1. Die sächsischen und bayerischen Landesherrn ordneten bezüehlich als solche Diäten. 2. Der Präsident der einigten Staaten hat kein Beurlaubungsrecht.

§. 5. 1. Sie können Ihre Tochter jederzeit zurücknehmen, da dieselbe, obgleich großjährig, noch unter licher Gewalt steht.

§. 5. 1. Geschwister und deren Kinder haben dem Bruder, bzw. Onkel kein Pflichttheilsrecht. Legat also zum Erben einsetzen, wen er will.

§. 5. 1. Sie sind berechtigt, bei Ihrem Auszug Ihnen angebrachten Verschlag mitzunehmen, müssen ihn in früheren Zustand ordnungsgemäß wieder herstellen.

Theater.

Freitag, den 24. Februar.

- Syracus.** Der Wildschütz, oder: Die Stimme der Natur.
- Schauspielhaus.** Ein Sommernachtstraum.
- Deutsches Theater.** Götz von Berlichingen.
- Wallner-Theater.** Orgelpfeifen.
- Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.** Die Dreizehn.
- Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in 80 Tagen.
- Grand-Theater.** Der Mikado in Berlin.
- Residenz-Theater.** Francillon.
- Schaubühnen-Theater.** Die Salontiroletten.
- Walhalla-Theater.** Giroflé-Girofla.
- Central-Theater.** Höhere Töchter.
- Königsstädtisches Theater.** Das lachende Europa.
- American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
- Kaufmanns Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.
- Konkordia-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
- Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.

Königsstädtisches Theater.

Alexander-Strasse 40 — Kurze Strasse 6.
Freitag, den 24. Februar:
41. Schauspiel von
Anna Schramm.
Novität! Zum 7. Male: **Novität!**
Das lachende Europa.
Lustige Poffen-Revue mit Gesang in 3 Akten und 1 Vorspiel von Dr. Gust. Braun.
Sonnabend, den 25. Februar:
Große Extra-Vorstellung
zum Feste der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger
Unter gefälliger Mitwirkung der Frau Königl. Opernsängerin Ernst, der Pianistin Fel. Ottitje Fischerfeld, des Fel. Anna Schramm und des Herrn **Anton Schott.**
Alles Nähere die Zettel und die Annonce.

Bardinen-Pabrik

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 130.
verkauft jetzt auch an Private, jedoch nur in ganzen Stücken, ca. 200 Muster stets vorrätig!
Versandt gegen Nachnahme!

Unserm Freunde E. Hinz zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch. Ob ihm der Nordhäuser auch heut' schmecken wird? (424) **E. W. E. B.**

Verein der Sattler u. Fachgen
Morgen, Sonnabend, den 25. d. M., Abends 8½ Uhr, **Versammlung** in Grauwil's Bierhalle, Kommandantenstraße 77-79.
Tages-Ordnung: Gewerkschaftliches. Diskussion. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. (425) **Der Vorstand.**
Zu dem am 3. März stattfindenden **Wiener Maskenball** sind Billets am Vereinsabend und im Restaurant Neue Jakobstr. 11 zu haben.

Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse
(E. S. Nr. 29, Hamburg.)
Den Mitgliedern der Berliner Filialen 1, 2, 3 und 4, sowie den Filialen Hirschhof, Tempelhof und Nieder-Schönweide zur Nachricht, daß am **Sonntag, den 26. Febr., Vorm. 10 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a, eine kombinierte Versammlung** stattfindet, zu welcher alle Mitglieder obiger Filialen hiermit eingeladen werden.
Tages-Ordnung: Vorlegung und Diskussion der Anträge zur Statutenveränderung zur nächsten stattfindenden Generalversammlung der Kasse. — In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung sollte jedes Mitglied, um seine Rechte zu wahren, es für seine heiligste Pflicht halten, in dieser Versammlung zu erscheinen. (423) **Die Kommission.**

Tischler-Verein.
Sonnabend, den 25. d. M., Abends 9 Uhr, **Kottbuserstr. 4a, Mitglieder-Versammlung.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Privatgelehrten Herrn Reil über "römische Verfassung". 2. Beschlusfassung über das diesjährige Sommervergnügen. 3. Erledigung eines Unterstufungsgefaches. (422) **Der Vorstand.**

Der Streik der Berliner Sattler
ist laut Beschluß der Versammlung vom 18. Febr. als **beendet** zu betrachten. Bitte etwaige noch aufstehenden Klagen gütlich an Unterzeichneten senden zu wollen. (403) **G. Assmann,** Neue Jakobstr. 11 im Lokal von **Marr.** Von Vormittags 9 Uhr bis Abends 9 Uhr.

Weiss- u. Bairischbier-Lokal von Herrmann Stramm,
5b. Brücken-Strasse 5b, 35 empfängt seinen reichhaltigen Frühstücks-, Mittagstisch n. Ausw. à Couv. m. Bier 50 Pf. Mitteltägigen Abendtisch zu soliden Preisen.

Masken-Garderobe
für Herren und Damen
von **B. Mattauer**
Rosenthalerstr. 66
Geschmackvolle Kostüme in Auswahl zu billigen Preisen.
Vereinen Preisermäßigung.
Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Eleg. Maskengarderobe
für Herren und Damen
von **C. Tiedt**
Oranienstraße 130, 2. Etage
(Ede Alexandrinenstr.)
Geschmackvolle Kostüme in Auswahl zu billigen Preisen.
Vereinen Preisermäßigung.

Masken-Garderobe
F. Stenzel,
Reichhaltige Auswahl, billigste Preise.
Vereinen Ermäßigung. Nach Aufheben der Dresdenerstraße 21 (Ede Luisenstr.)

Betten, 10 Mark
1 Stand, vollständige Länge und Breite, mit 100 Federn, 100 Pfund von 35 Pfund, gegenüber dem Markt, Bettfedern, Engländer, 1. Geschäft **Kottbuserstraße 4a,** 2. Geschäft **Brunnenstraße 139, 1. Etage.** Haben 23 Sorten Federn. Billigste Preise für Händler.

Mehrere kleine Wohnungen mit Leitung, Klosets u. sind per 1. April zu vermieten. Preis von 60-70 Thlrn. Kronprinzenstr. 13, 1. Etage. **Frankfurter Allee, zu vermieten.** Stadtbahnverbindung vorhanden.

Masken-Garderobe
von den einfachsten bis zu den elegantesten Kostümen empfiehlt **A. Walter,** Vereinen und Gesellschaften billige Preise. **W. Walter,** Alte Jakobstr. 11.

Soeben erschien:
Mr. 50
des **„Wahren Jakob“**
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:
Heft 18 der **Internationalen Bibliothek.**
Charles Fourier, sein Leben u. seine Theorien.
Von **A. Febel.**
Preis pro Heft 50 Pf.
Zu beziehen durch die **Expedition des „Berl. Volksblatt“, Zimmerstraße 44.**
Einbanddecken zu Heft 1-3, 4-6 u. 7-10 à 30 Pf.
Wiederverkäufern Rabatt.

ordinarium enthält Titel 4 den Beitrag zu Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg von 400 000 Mark.

Referent Abg. v. **Huene**: Die Verlesung dieses Titels aus dem Ordinarium in das Extraordinarium ist in der Kommission Gegenstand eingehender Verhandlung gewesen. Es wurde hervorgehoben, daß dieselbe in Elsaß-Lothringen einen unangenehmen Eindruck gemacht habe, man befürchte, daß das Reich sich der Pflicht zu diesem Beitrag fernherin entziehen wolle. Die Universität Straßburg sei nicht als Landesuniversität, sondern im Interesse des Reichs gegründet worden. Die Leistung eines dauernden Beitrages zu den Unterhaltungskosten sei demnach billig, und derselbe müsse im Ordinarium bestehen bleiben. Der Vertreter des Reichs schied sich von dem Antrag ab, die Verlesung eines dauernden Beitrages zu den Unterhaltungskosten sei demnach billig, und derselbe müsse im Ordinarium bestehen bleiben. Der Vertreter des Reichs schied sich von dem Antrag ab, die Verlesung eines dauernden Beitrages zu den Unterhaltungskosten sei demnach billig, und derselbe müsse im Ordinarium bestehen bleiben.

Abg. **Petri** (Hospitalit der ntl. Partei): Seit 1876 hat dieser Posten im ordentlichen Etat gestanden. Die plötzliche Verlesung in den außerordentlichen Etat hat großes Aufsehen erregt, und nicht allein im Kreise der Professoren. Man fürchtete, daß in Wäldern der Posten ganz gestrichen werden könnte. Wenn eine solche Absicht nicht besteht, so begrüße ich das mit großer Freude. Unmittelbar nach dem Frankfurter Friedensvertrag haben Bundestag und Reichstag als eine der ersten Aufgaben des Reichs betrachtet, eine deutsche Universität in Straßburg zu gründen. Bereits 1871 hat der Reichstag in einer Resolution den Reichslanzler ersucht, diese Universität zu gründen. Dabei hatte man hohe Ziele im Auge. Es handelt sich nicht speziell um eine Universität für die Bedürfnisse Elsaß-Lothringens, sondern um eine Hochschule, welche als Pflanzstätte deutscher Kultur und Wissenschaft den deutschen Geist in der Westmark des Reichs kräftigen sollte. Reichstag und Bundestag stellten mit großer Opferwilligkeit Millionen zur Verfügung zur Errichtung der Universität. Heute ist sie ein Muster der Hochschulen, nach dem Münster die schönste Fierde der Stadt Straßburg. Mit den einmaligen Ausgaben war es natürlich nicht gethan. Dem äußeren Werthe mußte auch der innere entsprechen. Und diese Aufgabe ist durch Gewinnung hervorragender Lehrkräfte erfüllt. Es ist billig, daß Elsaß-Lothringen die laufenden Ausgaben nicht allein übernimmt. Zu dem Beitrage des Reichs hat der Landesauschuss 1875 die Initiative ergriffen, weil die Universität zum großen Theile im Interesse des Reichs errichtet sei. Der Beitrag des Reichs wurde auf 400 000 M. normirt und in den letzten 13 Jahren jedesmal im Ordinarium bewilligt. Eine Aenderung dieses Zustandes rechtfertigende Umstände sind nicht vorhanden. Die Universität ist auch heute nicht nur eine Landesuniversität, sondern eine Reichsuniversität; die laufenden Ausgaben stehen auch heute nicht im Verhältnis zu dem Landesbudget. Die Zahl der Studenten ist bedeutend gestiegen, bis auf 1005, worunter 331 Elsaß-Lothringer. Ein erheblicher Theil ist also nicht aus Elsaß-Lothringen. Die Ausgaben sind von 813 000 M. in 1877 auf 881 000 M. in diesem Jahre gestiegen. Die Finanzen des Landes haben sich allerdings gebessert, aber das ist in allen Staaten und auch im Reich der Fall und kann daher nicht ins Gewicht fallen. Es ist ein wesentlicher Unterschied, wenn plötzlich dieser Posten, der 13 Jahre im Ordinarium stand, jetzt ohne materiellen Grund in das Extraordinarium versetzt wird.

Als Grund ist die Vermuthung einer Besinnungsänderung seitens Altdeutschlands gegenüber Elsaß-Lothringen aufgestellt worden. Ich halte diese Vermuthung für absolut unbegründet, aber sie ist wiederholt im Lande aufgestellt worden. Allerdings hat sich seit den letzten Reichstagswahlen eine gewisse Antipathie in Altdeutschland gegen Elsaß-Lothringen, wenigstens in gewissen Kreisen, bemerkbar gemacht. Man berücksichtigt aber nicht die besonderen Umstände, unter denen die letzten Wahlen zu Stande gekommen sind. Man glaubt, Elsaß-Lothringen bestehe zum großen Theile aus revolutionären, umstürzlerischen Elementen und könne gewissermaßen auf einem Vulkan. Wer das behauptet, kennt unser Land nicht oder will es nicht kennen. Wir sind eine ruhige und friedliche Bevölkerung, welche Gesetz und Obrigkeit achtet und leicht zu regieren ist. Allerdings sind Ausschreitungen vorgekommen, aber in welchem Lande ist das nicht geschehen? Zur Herbeiführung normaler politischer Zustände ist vor Allem erforderlich ein maß- und taktvolles Vorgehen der Landesregierung, einerseits energisches Eingreifen gegen politische Demonstrationen, andererseits aber sorgfältige Vermeidung aller kleinlichen Polizeimaßregeln, die nur die Bevölkerung aufregen und der deutschen Sache schaden, so daß sich diejenigen wieder von ihr abwenden, die bereits gewonnen sind. Ich werde die Verhältnisse immerdar vom deutsch-nationalen Standpunkt betrachten und besprechen (Beifall), dafür spricht der Charakter meiner Wahl und mein politisches Verhalten. Nicht nur hier im Hause, sondern auch im engeren Kreise werde ich von unseren Verhältnissen immer reden ohne Hintergedanken und ohne Vorurtheile, aber andererseits auch ohne Schwäche, frei aus der Brust heraus, wie es einem freien, unabhängigen Manne ziemt. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, der hohe Reichstag wird dadurch den Beweis führen, daß er die Inter-

essen der Universität Straßburg ebenso zu fördern gewillt ist, wie der Reichstag der vergangenen Jahre. Ich spreche auch die Zuversicht aus, daß der hohe Bundestag dieser Ansicht des Reichstags beitreten wird, daß Bundestag und Reichstag niemals zulassen werden, daß diejenige Universität auf ein niedrigeres Niveau gebracht werde, welche ein so hohes nationales Ziel zu verfolgen hat, an deren Kollegiengebäude die Inschrift prangt: Litteris et patrias, oder wie der Herr Reichslanzler diesen Wahlspruch einmal umgeformt hat: Patrias et litteris! (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär des Innern v. **Bötticher**: Meine Herren, was die Frage, die in der Kommission und hier im Hause jetzt streitig geworden ist, anlangt, so halte ich die Besorgnis, der der Herr Vorredner Ausdruck gegeben hat und die in der Kommission, wie wir aus dem Munde des Herrn Referenten vernommen haben, von verschiedenen Seiten geäußert worden ist, für eine übertriebene. Die Entstehungsgeschichte der Wandlung, die Sie im Etatsentwurf sehen, wonach also der Zuschuß für die Universität Straßburg aus den allgemeinen Fonds in das Extraordinarium gesetzt worden ist, läßt erkennen, daß es Erwägungen finanzrechtlicher Natur gewesen sind, welche dazu bestimmt haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß zu den Ausgaben des Reichs an sich die Unterhaltung von Universitäten nicht gehört. Es würde also jeder Betrag, den das Reich für eine der Landesfürsorge anheimfallende Universität als Subvention zahlt, schon an sich unter die extraordinären Ausgaben des Etats zu verweisen sein. So liegt die Sache nicht, wie der Herr Vorredner meint, daß die Universität Straßburg eine Reichsuniversität sei. Wichtig ist aus der Entstehungsgeschichte der Universität von ihm vorzutragen, daß damals, als der Bundestag sich auf Anregung des Reichstags dazu entschloß, von Reichswegen die Universität Straßburg zu subventioniren, dabei der Gedanke zu Grunde lag, daß man im deutsch-nationalen Interesse an der Westmark des Reichs eine Pflanzstätte deutscher Bildung und vaterländischen Geistes schaffen wollte. Eine Reichsuniversität im eigentlichen Sinne des Wortes ist Straßburg nicht; sie ist, wie alle übrigen im Deutschen Reich, eine Landesuniversität, und die Fürsorge für diese Anstalt liegt dem Lande, der Landesregierung ob. Ich wünsche, daß so, wie der Herr Vorredner die Franzosenfurcht vollständig abgestreift und seine warme Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland bekundet hat, auch seine Landsleute durch die Beschlüsse des Reichstags und des Bundestags recht bald zu der Ueberzeugung gelangen mögen, daß nirgends besser für sie und ihre Interessen gesorgt ist als im Deutschen Reich. (Lebhafte Bravo.)

Der Antrag der Budgetkommission wird nahezu einstimmig zum Beschluß erhoben und der Rest des Extraordinariums ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat des Reichsinvalidenfonds bittet Abg. v. **Huene** die Militärverwaltung, denjenigen Offizieren, welchen aus der Verlesung aus der aufgelösten Invalidenkompanie in Invalidenbäuser Verluste entstehen, event. aus anderen Fonds eine Zulage zu gewähren.

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorf**: Die Wünsche dieser Offiziere sind in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle erfüllt worden. Sollten irgendwo im einzelnen Falle durch die besonderen Verhältnisse sich Nachteile ergeben, so würden wir mit unserem Unterstützungsfonds eintreten, so daß die ganze Maßregel ohne jede Härte für den Einzelnen durchgeführt werden kann.

Der Etat wird bewilligt. Es folgt der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

In der Kommission wurde, wie Referent v. Huene mittheilt, die Ungleichheit in den Pensionsverhältnissen der Zivil- und Militärbeamten ausführlich besprochen. Diese Ungleichheit besteht darin, daß diejenigen Offiziere, welche in den Kommunaldienst eintreten, sich einen Abzug von der Militärpension gefallen lassen müssen, während den Zivilpensionären ein Abzug nur beim Uebertreten in den Reichs- oder Staatsdienst gemacht wird.

Abg. **Strudmann** (ntl.): Es ist eine schreiende Härte, wenn ein im Kriege zum Krüppel geschossener Offizier im Kommunaldienst schlechter wegkommt als ein Zivilwärter. Ich bitte den Kriegsminister dringend, uns demnächst einen G.E. vorzulegen, der diese Sache endgültig regelt.

Minister **Bronsart v. Schellendorf**: Das wird nicht möglich sein, weil sonst eine nicht unbegründete Unzufriedenheit der Militärbeamten im Staatsdienst entstehen könnte.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Reichsschuld ohne Debatte.

Die Etats „Bankwesen“, „Besonderer Beitrag von Elsaß-Lothringen“, „Zinsen aus belegten Reichsgeldern“ werden ohne Diskussion angenommen. Bei den Einnahmen aus den „Außerordentlichen Zuschüssen“ Kap. 23 „Aus der Anleihe“ berichtet

Referent Abg. v. **Huene** über einen in der Kommission gestellten Antrag, welcher dahin ging, gewisse Ausgaben statt auf die Anleihe auf die dauernden Ausgaben des Etats zu übernehmen und andererseits eine Amortisation der Reichsschuld bezwecke.

Abg. **Halle**: Wir beantragten in der Kommission, statt 5 Millionen 6½ Millionen für die Marineverwaltung aus den ordentlichen Einnahmen zu decken, da es sich bei der betreffenden Position nur um die Erhaltung des vorhandenen Materials handelte; es entspricht dies auch dem in der Marinedenkschrift

blid der schönsten Rose auf dem Strauche gleich, an welchem sie eben vorüberging. Einen Augenblick nur erhob sie mit der Furchtsamkeit eines Rehens die unaussprechlich tiefen, dunkelblauen Augen und schritt des Weges weiter zwischen den beiden Matronen mit unsicherem Fuß und gesenktem Haupt.

„Tanto gentile e tanto onesta pare la donna mia“ (So schön bist Du und so edel, meine Herrin!) sprach leise, vor Nahrung und heiliger Scheu fast bebend der Freund Guido Cavalcanti's. Dieser, obwohl älter und kühler, war nicht minder getührt. Er legte seine Hand auf den Arm des Freundes und wiederholte traurig die letzten Worte eines seiner Sonnetts: „Che va dicendo all' anima: sospira!“ (Der zur Seele sagt: seufze!) Dann wandte er sich in eine Seitenstraße.

Durante Alighieri stand immer noch sprachlos da, das Auge starr auf die paradiesische Erscheinung gefeset. Siehe! dort am Ende der Straße leuchtete jene Crestara bella, bianco vestita (jenes schöne, weiß gekleidete Wesen). Wie die glänzende Lilie zwischen den grauen Stengeln trockenen Schilfs, wie eine bewegte Flamme schwebte sie über die Erde, und es schien, als wäre die ganze Schönheit der erwachenden Natur, die ganze alterthümliche Pracht der stolzen Stadt, alles Licht und alle Freude, aller Duft und aller Glanz nur der Rahmen, aus welchem sie lächelnd hervortrat mit dem zarten Roth auf den Wangen, mit dieser Sägigkeit im tiefen Blick, mit diesem Erdbarmen himmlischer, unendlicher Liebe. Da ertönt alle Glocken der nahen Kirche, und die aufgeschreckte Schaar der weißen Tauben flog auf wie eine Wolke weißer Rosen über ihrem Haupte gerade in dem Augenblick, als sie in dem dunklen Gange der Kathedrale verschwand, deren Steine in den goldenen Luftwellen zu erzittern schienen, als sie die Schwelle überschritt.

„Ecce deus fortior me, qui veniens dominabitur

mih!“ sprach Dante Alighieri leise vor sich hin, wie in Ekstase, immer noch an demselben Orte stehend, den Blick auf das Ende der Straße gefeset.

„Ah, Messer Durante,“ wurde hinter ihm eine Stimme laut — „zu welcher Canzone sucht Ihr gerade den letzten Reim?“

Der Angesprochene wandte sich schnell um, wie Einer, der plötzlich aus dem Schlafe geweckt wird.

Vor ihm stand das Muster eines vollendeten Elegants jener Zeit. In der einen Hand hielt er einen großen Blumenstrauß, mit der andern schaukelte er leicht hin seinen Degen, der an einer reich gestickten Schärpe herabhing.

„Gott mit Euch, Messer Simone! Einen Reim habe ich wirklich nicht gesucht. Das ist nicht meine Gewohnheit: er kommt selbst, und noch früher als man ihn braucht, und mehr als einer, glaube ich.“

„Wer kennt Euren Stolz nicht: Ihr werdet's nicht Wort haben; und doch weiß ich, daß Ihr ganze Nächte hinbringt über einem Sonnett.“

„Das mag wahr sein, aber über einem vollendeten Sonnett.“

„Vollendetes? — Das verstehe ich bei Gott nicht. Wenn es vollendet ist, so ist es vollendet; was fehlt da noch? Ich würde eher ein ganzes Leben hinbringen über einem unvollendeten.“

„Das begreife ich sehr wohl, Messer Simone. Ihr seht, unsere Wege gehen auseinander.“

„Ihr habt Recht. Ihr sucht hier Reime und ich bin gebeten worden, Vice aus der Kirche abzuholen und sie nach Haus zu geleiten. Ich will noch eine Weile hier auf dem Platz spazieren gehen und dann an der Kirchthür warten. Das ist wohl eine Canzone werth, Messer Alighieri.“

„Ihr — gebeten worden? — Und von wem?“

„Von ihr, von Vice, der Tochter Folco Portinari's. Ich habe schon ihr Wort, Messer Trovatore, ich hole sie ab

vom vorigen Jahre aufgestellten Grundsatz. Die gleiche Leistung von der Anleihe auf die ordentlichen Einnahmen trugten wir auch bezüglich einiger Posten der Postverwaltung. Die Anträge fielen weniger aus inneren Bedenken gegen die Anleihe als weil man es nicht für opportun hielt, nachdem die Anleihe in den Einzelheiten bereits festgelegt sei, eine Anleihe der Matricularbeiträge vorzunehmen. Ich möchte unsere Wünsche bei künftiger Aufstellung des Etats berücksichtigen. Was die Amortisationsfrage betrifft, scheint die Tilgung um so nothwendiger, je rascher die Anleihe für die das Geld ausgegeben wird, veralten und entwertet werden. Alle soliden wirtschaftlichen Staaten haben eine Amortisation für nothwendig erachtet. Im Prinzip hat das Reich diesen Gedanken anerkannt. Aber seit 1875 sind die Forderungen, daß wir in eine Tilgung unserer Anleihen eintreten. Die Amortisation von 1 % der Schuldquote scheint mir das Minimum zu sein.

Direktor **Ashenborn**: Die Staatsverwaltung ist dieser Richtung ihrerseits nichts verschämt; seit 1881—82 ist fast alljährlich ein Schritt in dieser Richtung gethan. innere an die Ausgaben für Festungsbauten, Postdienstleistungen, Garnisonseinrichtungen für Elsaß-Lothringen, Kasernenbauten. Auch in dem Etat für das nächste Jahr ist für die Tilgung eine verbesserte Deckung eingeführt, indem wir 2 860 000 M. mehr auf ordentliche Mittel übernehmen, als wir gethan hätten, wenn wir bei dem alten Prinzip geblieben wären. Es ist also ein durchaus planmäßiges Vorgehen der Verwaltung in gewünschter Richtung statt. Weiter sind wir bei den Forderungen für die Marine nicht gegangen, weil wir nicht glauben, besser als der Chef der Admiralität beurtheilen zu können. Summen unter den Begriff der Erbschaften und welche den Begriff der neuen Bauten fallen. Auch die Frage der Amortisation wird von der Finanzverwaltung unausgesprochen in Auge behalten. Man hat sich bisher nicht entschließen lassen, praktisch vorzugehen, weil seit Jahren ohnedies die Matricularbeiträge gewachsen sind. Unser gesetzlicher Zustand in dem Gesetz vom 9. April 1870 fixirt, nach welchem die Tilgung der Reichsschuld in der Weise erfolgt, die durch den Etat dazu zur Verfügung gestellten Mittel zum Ankauf von Schulverschreibungen verwendet werden. Es müßte also eine Aenderung dieses Gesetzes eintreten. Das wird aber nicht so kurzer Hand geschehen können, da die Bestimmung nicht isolirt besteht, sondern den Bestimmungen des preussischen Konsolidationsgesetzes entspricht, welches die obligatorische Schuldentilgung aufgehoben und erwähnte Modus eingeführt worden ist. Was kann es heißen, an einer Stelle des Etats eine Tilgungssumme zu stellen, wenn wir, um Balance herzustellen, an anderer Stelle einen gleichen Mehrbetrag einsetzen müssen. Nur wenn eine sichere Grundlage bestehen darüber, welche Ausgaben über die Anleihe gedeckt, ist eine solche Maßnahme durchzuführen. Sobald wir ein Jahr mit Ueberschüssen haben, wird die Tilgung dieselben zur Schuldentilgung benutzen.

Abg. v. **Bennigsen**: Ich zweifle nicht, daß die vorliegende Regierung in der bisher schon vereinzelt verfolgten Richtung fortfahren werden. Was die Amortisation betrifft, so ist eine solide Finanzverwaltung dieselbe nicht entbehren. In Preußen sind die Anleihebeträge vollständig durch die Erbschaften, Forsten und Domänen gedeckt, das Elsaß-Lothringen, sein verordnetes. Die großen Summen für Bauten und Anschaffungen in der Marine und anderen Verwaltungszweigen kosten Geld, aber bringen nichts ein, so hoch man die Amortisationsbeträge greifen will, doch kann man verschiedener Ansicht sein. Man könnte 1 pCt. der Anleihe als Maximum halten, das würde schon mehr als 12 Millionen betragen. Wenn die Kommission der Frage der Amortisation nicht näher getreten ist, so liegt das an den allgemeinen Verhältnissen. In 2 bis 3 Jahren wird man sich über bestimmte Vorschläge zurückkommen müssen, falls die Regierung nicht ergriffen wird. Augenblicklich können wir uns mit unseren Anleihen in einem gewissen Stadium befinden. In künftigen Jahren werden ähnliche große Summen für Militär- und andere Zwecke nicht erforderlich sein. Man wird also zu einem gewissen festen Zustande gelangen, bei dem man übersehen kann, wie hoch sich der Anleihebetrag beläuft. Dann aber hat man die Verpflichtung, sich zu sorgen, nicht allein, daß man hinsichtlich der Ausgaben aus den laufenden Mitteln für die einzelnen Verwaltungszweigen vorsichtig zu Werke geht, sondern auch, daß die vorhandenen Anleihen, die bereits mehr als eine Amortisation betragen, auch regelmäßig tilgt.

Direktor **Ashenborn**: Auch das Reich hat ähnlich mögen. Die Reichsschuld wird in diesem Jahre eine Abwendung von 49 Millionen erfordern; dem gegenüber sind Ueberschüsse aus den Betriebsverwaltungen des Reichs in Höhe von 43 Millionen. Es ist dies also ungefähr ein Valent für die Zinsen der Schuld. Außerdem besitzen wir Kriegsschatz von 120 Millionen und einen Reichsinvalidenfonds von 89 Millionen Mark, Objekte, die noch in Gegenlag werden müssen, wenn wir die Reichsschuld in ihrer Höhe schenken wollen.

Abg. **Schrader**: Der Abg. v. Bennigsen scheint mir die Möglichkeit einer Amortisation zu weit hinauszuschieben. Ich halte dieses Jahr dazu für besonders günstig wegen der Finanzlage. Gehen wir nicht bald zu einer Amortisation

als Verlobter — — als Verlobter! Lebt wohl, lebt wohl! Wenn Ihr diesen Reim gefunden habt, so laßt mich wissen.“

Dante hörte nicht mehr. Ein Ocean von Finsternis hüllte ihn ein. Er hörte ein seltsames Getöse, als wenn sich die Erde. O wenn sie ihn doch verschlingen würde! Aber die Härte, Grausame that es nicht. Die Tauben rauchten feierlich wie vorher, die Rosen blühten vorher, die Tauben flogen von den Dächern auf wie immer die Luft athmete Fröhlichkeit, Glanz und Duft, und sein seinem Busen war dieser Abgrund, war diese Nacht dieses furchterliche Getöse. Er wußte nicht, wie lange er hier gestanden, mit der Antwort seines Freundes Cavalcanti in der Hand, die er noch immer nicht gelassen hatte — diese Antwort, auf die er so begierig gewesen — was sollte sie ihm? Jetzt hatte er schon eine Antwort.

Der Widerhall von Schritten, Gespräch und Geschehen schlugen ihn aus seinen Träumen auf. Sie war es, die aus der Kirche heimkehrte, nachdem der fromme Mann vollendet war. Wieder schritt sie einher, weiß und glänzend, aber nicht mehr in der Mitte der beiden Matronen, sondern an ihrer Seite schlenkerte und schaute stolz darin Simon de Bardi, der noch vor wenigen Augenblicken ihm gesprochen hatte. Und jetzt sprach er wieder, in ihrer und Gelächter, und sie hielt seinen Strauß in ihrer Hand und lächelte lächtig. Die beiden Matronen gingen weiter Schritte hinter ihnen her in dem Gefühl müderer Stolz. Schon waren sie in der Nähe des Domes, Ihre Unterhaltung wurde immer vernichtlicher, aber immer herausfordernder. Dante wollte entweichen, hatte nicht die Kraft — es war auch schon zu spät. „Welches Glück, mit Ihnen zu gehen, schmeichelte Simon, — „mein Leben gäbe ich dafür hin!“

den die Einse
Ausgaben in
Sommerleiter
Die Anträge fielen weniger aus inneren Bedenken gegen die Anleihe als weil man es nicht für opportun hielt, nachdem die Anleihe in den Einzelheiten bereits festgelegt sei, eine Anleihe der Matricularbeiträge vorzunehmen. Ich möchte unsere Wünsche bei künftiger Aufstellung des Etats berücksichtigen. Was die Amortisationsfrage betrifft, scheint die Tilgung um so nothwendiger, je rascher die Anleihe für die das Geld ausgegeben wird, veralten und entwertet werden. Alle soliden wirtschaftlichen Staaten haben eine Amortisation für nothwendig erachtet. Im Prinzip hat das Reich diesen Gedanken anerkannt. Aber seit 1875 sind die Forderungen, daß wir in eine Tilgung unserer Anleihen eintreten. Die Amortisation von 1 % der Schuldquote scheint mir das Minimum zu sein.
Direktor **Ashenborn**: Die Staatsverwaltung ist dieser Richtung ihrerseits nichts verschämt; seit 1881—82 ist fast alljährlich ein Schritt in dieser Richtung gethan. innere an die Ausgaben für Festungsbauten, Postdienstleistungen, Garnisonseinrichtungen für Elsaß-Lothringen, Kasernenbauten. Auch in dem Etat für das nächste Jahr ist für die Tilgung eine verbesserte Deckung eingeführt, indem wir 2 860 000 M. mehr auf ordentliche Mittel übernehmen, als wir gethan hätten, wenn wir bei dem alten Prinzip geblieben wären. Es ist also ein durchaus planmäßiges Vorgehen der Verwaltung in gewünschter Richtung statt. Weiter sind wir bei den Forderungen für die Marine nicht gegangen, weil wir nicht glauben, besser als der Chef der Admiralität beurtheilen zu können. Summen unter den Begriff der Erbschaften und welche den Begriff der neuen Bauten fallen. Auch die Frage der Amortisation wird von der Finanzverwaltung unausgesprochen in Auge behalten. Man hat sich bisher nicht entschließen lassen, praktisch vorzugehen, weil seit Jahren ohnedies die Matricularbeiträge gewachsen sind. Unser gesetzlicher Zustand in dem Gesetz vom 9. April 1870 fixirt, nach welchem die Tilgung der Reichsschuld in der Weise erfolgt, die durch den Etat dazu zur Verfügung gestellten Mittel zum Ankauf von Schulverschreibungen verwendet werden. Es müßte also eine Aenderung dieses Gesetzes eintreten. Das wird aber nicht so kurzer Hand geschehen können, da die Bestimmung nicht isolirt besteht, sondern den Bestimmungen des preussischen Konsolidationsgesetzes entspricht, welches die obligatorische Schuldentilgung aufgehoben und erwähnte Modus eingeführt worden ist. Was kann es heißen, an einer Stelle des Etats eine Tilgungssumme zu stellen, wenn wir, um Balance herzustellen, an anderer Stelle einen gleichen Mehrbetrag einsetzen müssen. Nur wenn eine sichere Grundlage bestehen darüber, welche Ausgaben über die Anleihe gedeckt, ist eine solche Maßnahme durchzuführen. Sobald wir ein Jahr mit Ueberschüssen haben, wird die Tilgung dieselben zur Schuldentilgung benutzen.
Abg. v. **Bennigsen**: Ich zweifle nicht, daß die vorliegende Regierung in der bisher schon vereinzelt verfolgten Richtung fortfahren werden. Was die Amortisation betrifft, so ist eine solide Finanzverwaltung dieselbe nicht entbehren. In Preußen sind die Anleihebeträge vollständig durch die Erbschaften, Forsten und Domänen gedeckt, das Elsaß-Lothringen, sein verordnetes. Die großen Summen für Bauten und Anschaffungen in der Marine und anderen Verwaltungszweigen kosten Geld, aber bringen nichts ein, so hoch man die Amortisationsbeträge greifen will, doch kann man verschiedener Ansicht sein. Man könnte 1 pCt. der Anleihe als Maximum halten, das würde schon mehr als 12 Millionen betragen. Wenn die Kommission der Frage der Amortisation nicht näher getreten ist, so liegt das an den allgemeinen Verhältnissen. In 2 bis 3 Jahren wird man sich über bestimmte Vorschläge zurückkommen müssen, falls die Regierung nicht ergriffen wird. Augenblicklich können wir uns mit unseren Anleihen in einem gewissen Stadium befinden. In künftigen Jahren werden ähnliche große Summen für Militär- und andere Zwecke nicht erforderlich sein. Man wird also zu einem gewissen festen Zustande gelangen, bei dem man übersehen kann, wie hoch sich der Anleihebetrag beläuft. Dann aber hat man die Verpflichtung, sich zu sorgen, nicht allein, daß man hinsichtlich der Ausgaben aus den laufenden Mitteln für die einzelnen Verwaltungszweigen vorsichtig zu Werke geht, sondern auch, daß die vorhandenen Anleihen, die bereits mehr als eine Amortisation betragen, auch regelmäßig tilgt.
Direktor **Ashenborn**: Auch das Reich hat ähnlich mögen. Die Reichsschuld wird in diesem Jahre eine Abwendung von 49 Millionen erfordern; dem gegenüber sind Ueberschüsse aus den Betriebsverwaltungen des Reichs in Höhe von 43 Millionen. Es ist dies also ungefähr ein Valent für die Zinsen der Schuld. Außerdem besitzen wir Kriegsschatz von 120 Millionen und einen Reichsinvalidenfonds von 89 Millionen Mark, Objekte, die noch in Gegenlag werden müssen, wenn wir die Reichsschuld in ihrer Höhe schenken wollen.
Abg. **Schrader**: Der Abg. v. Bennigsen scheint mir die Möglichkeit einer Amortisation zu weit hinauszuschieben. Ich halte dieses Jahr dazu für besonders günstig wegen der Finanzlage. Gehen wir nicht bald zu einer Amortisation
Ich weiß ni
antwortete sie
Wünschen S
Müßlich zu
Leber,“ er
daß in ihre
im eigenen
„Ich verstehe
„In diesen W
war, bei dem
Der Leidend
„Dann pfücht
es hindern
und doch
erfülltem
Sie sprach lei
aus Haus hin
erklärte, sie
Kästen hin
Zange, lange
wunders Frolco
von unendlich
Wasser zu zer
weiter Persönl
glühter Geist st
Seine tief
er Nacht, daß
zur diese Krei

die Einzelstaaten das, was ihnen überwiesen ist, für Ausgaben in Anspruch nehmen. Wir würden dann auf die Nationalbeiträge erhöht werden müssen. Wir wünschen eine Nationalwirtschaft, welche unsere Schulden nicht vermehrt, sondern vermindert.

Malhahn: Der gegenwärtige Moment ist geeignet, mit einer solchen einschneidenden Maßregel vorzugehen. Wir würden damit das ganze Gebäude des Staats, die Grundlage für die Zukunft dürfen wir aber auf die zukünftige Tilgung unserer Schuld nicht verzichten. Die Einzelstaaten der Reichs-Betriebsverwaltung bieten ein Äquivalent an, aber es fehlt das Äquivalent für das Kapital. Nach der großen Reform unserer indirekten Steuern, wodurch wir zu festeren Finanzverhältnissen gekommen sind, scheint es auch mit wünschenswerth, daß wir an die Amortisation unserer Schulden gehen.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Nationalbeiträge“. Das Staatsgesetz und das Anleihegesetz werden, vorbehaltlich der definitiven Feststellung der Ziffern, angeordnet.

Lokales.

Der Gesetzentwurf über die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden. Der Gesetzentwurf betrifft die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden bezüglich den Kostenbeitrag, welchen Berlin, nach dem Entwurf des Gesetzes, mehr als bisher aufzubringen wird, auf 3 070 968 M. Das macht nach dem bisherigen Stande der hierfür allein verwendbaren Gemeinde-Einkommen eine Erhöhung dieser Steuer vom 1. April 1889 von 22 pCt. aus. In der Begründung wird erklärt, daß die Verhältnisse anderer Stadtgemeinden wie Berlin zur Hälfte im allgemeinen keine Härten nach sich ziehe, da in diesen mit eigener Polizeiverwaltung der Kostenbeitrag pro Kopf der Bevölkerung ein höherer sei, als unter Zugrundelegung des vorgeschlagenen Theilungsverhältnisses in den Stadtgemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung. „Was Berlin angeht, so werde sich allerdings der Kostenbeitrag für den Kopf der Bevölkerung um 230 M. erhöhen, so sagt wörtlich die Begründung. Das sind nach den bisherigen Belastungen eines Berliner Einwohners mit städtischen Steuern von 22,49 M. rund 10 pCt. mehr. Für diese Mehrbelastung, die also Berlin allein im Gegenstande der übrigen Städte mit königlicher Polizeiverwaltung nicht abgesehen von dem angeblichen Vortheile, welcher durch die Streikigkeiten aufhören, welche aus der Trennung zwischen sachlichen und persönlichen Polizeikosten hervorgeht: „daß Berlin, als Reichshauptstadt, Sitz des Reichstages, sowie als Sammelpunkt eines großartigen Verkehrs außerordentliche wirtschaftliche Vortheile genießt, was naturgemäß für den gegen das stark vertretene Gemeinwohl berechtigtem notwendigen verstärkten polizeilichen Schutz noch etwas mehr Opfer bringen muß.“ Dies ist ein Meinerz nicht — ist die gedruckte Begründung für die außerordentliche Behandlung der Reichshauptstadt. Mit dem Worte ist im Gesetzentwurf davon gesprochen, welchem Prozentatz Berlin und andere große Städte Kosten der Kriminalpolizei auf dem platten Lande zu zahlen haben. Wird diese etwa nach dem Grundsatze ausgleichender Theilung von den Grundbesitzern und ihren Hinterlassenen allein zu tragen? Auch sonst enthält der Entwurf sehr bedenkliche Bestimmungen und noch bedenklidere Begründungen; so im § 2, Absatz 1 die Bezeichnung „unmittelbare Kosten der Polizeiverwaltung“. Die Begründung spricht sich aus, daß solche Kosten für Beschaffung von Einrichtungen (Straßensanitation, Reinigung, Kanalisation, Anlagen zu gesundheitslichen Zwecken, welche zwar kommunal sind, aber stets im preussischen Interesse gefordert werden müssen) nicht als Kosten der Polizeiverwaltung im Sinne dieses Gesetzes angesehen werden dürfen. Sie bleiben vielmehr beschränkt auf die unmittelbar vorgesehenen Verwaltungskosten. Das heißt also: Einrichtungen und Anstalten wirtschaftlicher Art, welche die Polizei, wohlhabendspolizeilicher Art, welche die Polizei etwa gegen den Willen der Stadtgemeinden zu bezahle, haben die letzteren zu bezahlen. Das Ergebnis

ist klar: die größeren Gemeinden bezahlen. Am meisten zahlt Berlin, mitzubestimmen, mitzubestimmen aber hat Berlin, haben andere Städte niemals. Den Schlüssel zur Stadtkasse führt die Polizei. Im übrigen verbleibt es bei der Selbstverwaltung. Berlin bezahlt an Mehrkosten mehr, weit mehr, als alle übrigen beteiligten Gemeinden mehr zu zahlen haben. Denn was diese letzteren mehr zu zahlen haben, beträgt (Seite 14 der Motive) 1 507 646 Mark. Berlin hat an Mehrzahlungen allein mehr als doppelt so viel aufzubringen, als die Mehrbelastung aller übrigen beteiligten Kommunen des Staates beträgt. Außerdem aber hat Berlin noch besonders die Kosten der lgl. Feuerwehr mit 2 022 640 Mark zu zahlen! Wir denken, Kommentare sind hier nicht nöthig. Die Zahlen reden laut und deutlich. Nur eine Frage werfen wir zum Schlusse auf: Ist es ein staatsverhaltendes Gebot, wenn so die Entwicklung großer Städte, der Mittelpunkt des Wirtschaftslebens und der Kulturarbeit, gestört und unterbunden wird?

Ueber den Ringbahnverkehr wird der „Nat.-Btg.“ auf einen Wunsch dieses Blattes, den Ringbahnverkehr in den Morgenstunden zu verdoppeln, seitens der Verwaltung folgendes berichtet: Die Verwaltung ist seit Jahren fortgesetzt bemüht, dem Verkehrsbedürfnis auf dem Nordringe soweit als thunlich auch durch Einlegung von Sonderzügen Rechnung zu tragen. Nach eingehenden Beobachtungen des Verkehrs in allen Tagesstunden hat sich nur die Nothwendigkeit ergeben, in Richtung Schlesischer Bahnhof-Weitend in der sechsten Morgenstunde, in welcher zahlreiche Arbeiter zu ihren Arbeitsplätzen fahren und dort pünktlich eintreffen müssen, einen besonderen Zug einzulegen. Im Uebrigen reichen die Züge bei angemessener Verstärkung aus. Sollte sich im nächsten Frühjahr eine weitere Entlastung der Züge — wie dies nicht unwahrscheinlich — als nothwendig erweisen, so ist in Aussicht genommen, zwischen Wedding und Weitend in den Morgen- und Abendstunden noch je einen Zug für jede Richtung einzulegen. Unabhängig hiervon ist der rege Sonntagsverkehr der Sommermonate. Für diesen werden schon seit Jahren auf dem Nordringe in den Nachmittagsstunden Sonderzüge beider Richtungen nach Bedarf eingelegt. Ein Weiteres läßt sich ohne Benachtheiligung des starken Güterverkehrs, dessen pünktliche Abfertigung auf dem Nordringe eine besondere Bedeutung hat und welchem die Verwaltung nicht minder wie dem Personenverkehr ihre Fürsorge zuwenden hat, nicht thun. Bekannt ist, daß auf dem Nordring noch ein zweites Geleisepaar lediglich für den Personenverkehr im Anschluß an die von Stralau-Kummelsburg bis Landsberger Allee bereits vorhandene viergleisige Bahn gebaut werden wird und daß die Vorbereitungen hierzu bereits so weit getroffen sind, daß im nächsten Frühjahr mit der Bauausführung auf der Strecke Landsberger Allee — Wedding begonnen werden kann, falls der Grunderwerb für diese Anlage nicht noch auf unerwartete Hindernisse stoßen sollte. Auf dem Südring ist ebenfalls schon seit Jahren dem regeren Verkehr der Frühstunden in den Monaten März bis Ende Oktober auf der Strecke Stralau-Kummelsburg — Potsdamer Bahnhof durch Einlegung zweier Sonderzüge eine entsprechende Berücksichtigung zu Theil geworden. In den späteren Morgenstunden bis 9 Uhr haben die gewöhnlichen Züge ausgereicht; doch in einzelnen Fällen Passagiere auf einzelnen Strecken nicht mit aller Bequemlichkeit befördert werden konnten, wird sich kaum ganz vermeiden lassen, da im Stadtverkehr nicht jeder plötzliche Verkehrsandrang vorhergesehen und berücksichtigt werden kann. Im Sommermonate auf den Strecken Schlesischer Bahnhof — Rixdorf, sowie Potsdamer Bahnhof und Anhalter Bahnhof — Halensee — Grunewald so viel Personenzüge befördert worden, als der Verkehr erforderlich machte und als ohne Beeinträchtigung des Güterverkehrs gefahren werden konnten.

Die Trockenfrist der Neubauten scheint sich in der Praxis durchaus nicht zu bewähren und keineswegs die guten Erfolge zu haben, die man sich davon verspricht. Es scheint hier wie in vielen ähnlichen Fällen zu gehen: der Zweck ist gut, das Mittel schlecht! Die schleunigen Prozesse beim Amtsgericht, welche die Aufhebung bestehender Mietverhältnisse zum Gegenstande haben, sind heute noch gerade so zahlreich wie früher, und der vom Mieter geltend gemachte Klagegrund, gesundheitsschädliche Feuchtigkeit der Wohnräume, findet sich bei fast allen Neubauten. Es besteht auch in den Kreisen der Bauverständigen gar kein Zweifel darüber, daß die bewohnten Räume in einem Neubau während der kalteren Jahreszeit und bei ungenügender Heizung in den Wänden bedeutende Feuchtigkeit aufnehmen, die als Schimmel oder in tropfbar flüssigem Zustande nicht bloß die Tapeten zerstört, sondern auch Bilder, welche an den Wänden aufgehängt sind, und ebenso Spiegel gründlich verdirbt und die an den Wänden aufgestellten Möbel erheblich beschädigt. In solchen Zimmern herrscht eine feuchte, dumpfige Luft, die trotz reichlicher Ventilation nicht zu beseitigen ist und Schnupfen und Kopfschmerzen verursacht. Die Betten fühlen sich beständig feucht an, die Federen in den Betten leben in Klumpen zusammen und alle diese Umstände führen zu einem solchen Maße von Unbehaglichkeit, daß den Bewohnern der Aufenthalt in den Zimmern verleidet wird. Und alle diese Mißstände werden durch die polizeilich vorgeschriebene sechsmonatliche Trockenzeit keineswegs verhindert. Wohl aber geschieht dies durch ein anderes, mehrfach erprobtes und stets bewährtes Mittel, nämlich durch tüchtiges Heizen der neuen Räume schon während der feuchten Jahreszeit, unter Anwendung eiserner Ofen. Die auf diese Weise erzeugte trockene und warme Luft absorbiert die Feuchtigkeit des Mauerwerks und der Oberfläche der Wände so gründlich, daß sich später keine Rässe mehr zeigt.

schneller sich bewegten, in einen unbekanntem, fürchterlichen, drohenden Abgrund hinabsteigend. Er schaute in dieser Rose in diesem Augenblicke die Hölle; die Hölle der Leiden, die er durchlebte, nahm sichtbar Anstich und Gestalt an und öffnete vor ihm in dieser Rose ihren Rachen. Und seine Thränen strömten auf die Rose herab, glühend, wie geschmolzenes Blei, brennend wie der Schwefelregen Sodoms und Gomorrhas, aber es waren auch Thränen, die reinigten und erhobten. In dem Widerschein der Thränen schien es ihm plötzlich, als bläue diese blutige, feurige Rose in seiner Hand, als leuchte sie mit schneizeigem Glanze und als hätte ein Sturmwind die Seufzer nach einer andern Seite verweht — sah er im Traum, wie die Rose wuchs, wie sie allmählig zu Riesenformen, wie sie zur leuchtenden Rose des Empyreums heranwuchs, wo jedes Blättchen der Thron eines Heiligen ist und deren Mittelpunkt ein feuriger Strudel, in dem die Liebe weilt, die alle Sterne in Bewegung setzt; und in der Nähe des Mittelpunktes, aus einem der Blättchen, erhebt sich jene Creatura bella bianco vestita und geht ihm entgegen. In der Hand hält sie einen Kranz aus unverwelklichem Lorbeer, dessen Blätter Sterne sind, und durch das Weltall fährt ein Donnerhall, wie das Brausen der Heerschaaren und das Getöse stürzender Wasser: Heilig, heilig, heilig — Hosiannah und Hallelujah der unendlichen, ungezählten Engelschaaren.

Indem er die Rose an die Lippen drückte, empfand er in der Seele die ersten Umriffe seines großen Gedichts, das allein ihm die Kraft gab, den Verrath der Liebe und des Vaterlandes zu ertragen, und er bemerkte nicht, daß ganz in seiner Nähe der junge Maler vorüberschritt, der, da er ihn mit der Rose in der Hand in tiefes Brüten versunken sah, stehen blieb, um sich seine große Gestalt ins Herz zu prägen und künftigen Geschlechtern zu übermitteln.

Ein hiesiger Bauunternehmer, der in allen seinen Neubauten stets für das erste Jahr interimistisch eiserne Ofen aufstellt, hat damit die besten Erfahrungen gemacht, ist aber natürlich auch genöthigt, die vorgeschriebene Trockenzeit innezuhalten, obwohl dieselbe, wie er berichtet, für die einziehenden Miether so gut wie gar keine Vortheile bietet, sondern den fertiggestellten Neubau nur um ein halbes Jahr Zinsen für die nicht unbeträchtliche Summe, die seine Herstellung kostet, theurer macht, was natürlich wieder zurückwirkt auf die Miethspreise. Es ist ja gar nichts dagegen zu sagen, wenn die Behörde von den zu Wohnzwecken bestimmten Räumen eine der Gesundheit und Venohner nicht schädliche Beschaffenheit verlangt; aber diese wird durch bloßes Leerstehen nicht erzielt. Viel mehr Sicherheit giebt in dieser Hinsicht die Prüfung der Ventilations- und Heizungsanlagen und ein den Verhältnissen angemessener Gebrauch derselben. Die bloße Bestimmung eines sechsmonatlichen Leerstehens der Neubauten mag ein für die behördliche Kontrolle sehr bequemes Verfahren sein, aber der angestrebte Zweck wird damit ganz und gar nicht erreicht. Wohl aber giebt es für Bauunternehmer, denen daran liegt, ein trodenes Mauerwerk herzustellen, genug Mittel, diese Austrocknung noch während der Mauerarbeit zu besorgen und zwar so gründlich, daß eine Trockenfrist überhaupt nicht nöthig ist. Für solche Leute ist die Polizeiverordnung ein Hinderungsgrund, derartige künstliche Trockenmittel anzuwenden. Man sieht also, die Polizeiverordnung nützt gar nichts, schadet aber sehr viel.

Auf dem Stadtbahnhof „Lehrer Bahn“ wird es als ein schwerer Uebelstand empfunden, daß der Zugang zum Perron von der Invalidenstrasse aus erst durch das Hinabsteigen einer, namentlich bei Schnee- oder Tauwetter geradezu lebensgefährlichen, Treppe von 34 Stufen und nachherigem Wiederemporklimmen einer gleich großen Treppe gewonnen werden muß. Zahlreiche Interessenten haben sich nun zur Abklärung einer Petition an das Betriebsamt der Stadt- und Ringbahn vereinigt, in welcher ein durch Ueberbrückung des zwischen der Straße und dem Perron belegenen offenen Theils des alten Bahnhofs herzustellender anderweitiger Zugang angeregt wird. Die Petenten machen darauf aufmerksam, daß die wiederholt nothwendig werdende Reparatur der erstgedachten Treppe nicht nur bedeutende Kosten verursacht, sondern auch höchst unliebsame Störungen des Verkehrs zur Folge habe, während die gewünschte Ueberbrückung sich ohne große Kosten herstellen lasse. Betreffs Einrichtung der Biletverkaufsstelle ist auf die gleiche Einrichtung auf der Stadtseite des Bahnhofes „Alexanderplatz“ hingewiesen worden, die sich auch hier ganz bequem anbringen lasse. Endlich wurde geltend gemacht, daß durch die erbetene Neuerung eine bedeutende Erhöhung der Frequenz der Stadtbahn zu erwarten sei, da jetzt zahlreiche Personen wegen des schwierigen Zugangs zum Bahnhof lieber auf die Benutzung der Stadtbahn verzichten und die ihnen weniger gelegene Pferdebahn zur Beförderung wählen. — Wir wollen von der Bahnverwaltung, die ja sonst so bereitwillig berechtigten Anforderungen des Publikums entgegenzukommen pflegt, hoffen, daß sie die dankenswerthe Anregung einer geeigneten Prüfung unterziehen wird.

Von Herrn M. Jüterbock, Stuben- und Schildermaler, Dresdenerstr. 84, geht uns mit Bezugnahme auf den § 11 des Preßgesetzes folgende Berichtigung zu: „Ich erkläre hiermit, daß die Malergehilfen des Malereigebäudes von M. Jüterbock, Dresdenerstr. 84, am Sonnabend die Arbeit nicht niedergelegt haben, wie solches in der Sonntags-Nummer 43 stand, sondern es sind am Sonnabend, den 18. d. Mts., nur einige Gehülfen wegen unpassenden Betragens entlassen worden.“

Eine Trauung mit Hindernissen. Eine Aufsehen erregende Scene spielte sich Montag Nachmittag in der Hochmeisterstrasse vor dem Prenzlauer Thor ab. Der dort wohnende Tischlermeister A., welcher schon seit längerer Zeit mit einem jungen Mädchen in gemeinsamer Haushalte lebte, sollte mit demselben getraut werden. Abnunglos betrat das Brautpaar, aus dem Hause kommend, den Bürgersteig; doch bevor es den vor der Thür haltenden Wagen besteigen konnte, drängte sich durch die zahlreiche Menschenmenge, die um jene Zeit den Platz bereits angefüllt hatte, eine abgemähte junge Frau mit einem Kinde auf dem Arm. Als sie nun des Bräutigams ansichtig wurde, stürzte sie auf diesen zu und machte ihm die leidenschaftlichsten Vorwürfe. Es war die alte Geschichte. A. hatte mit der Armen jahrelang ein Verhältniß unterhalten, dem bereits zwei Kinder entsprossen waren, hatte sich aber, nachdem er „etwas Besseres“ gefunden, treulos von ihr zurückgezogen und sie dadurch in die bitterste Noth versetzt. In ihrer Verzweiflung hatte die treulos Verlassene das Kind schnell in den Wagen geworfen, worauf sie selbst ohnmächtig zusammenbrach. Das Publikum, welches den Zusammenhang schnell begriffen hatte, zeigte nicht übel Lust, das Brautpaar zu lachen, wenn es ihm nicht schnell genug gelungen wäre, den Wagen zu erreichen und davon zu fahren. Das im Wagen befindliche Kind wurde unterwegs abgesetzt und in hilflosem Zustande aufgefunden, worauf es der inzwischen wieder zum Bewußtsein gelangten Mutter eingehändigt wurde. Die Aufregung des Publikums konnte aber jetzt keine Grenzen mehr, mit Spannung erwartete es die Rückkehr des „glücklichen Paares“, das nach zehra dreiviertel Stunden auch wieder erschien. Aber kaum war es dem Wagen entstiegen, so wurde es, wie das „A. Z.“ berichtet, auch schon mit einem Hagel von Schneebällen empfangen, worauf sich einige der Passanten auf den Bräutigam stürzten, ihm den Hut auftrieben und seinen Hochzeitsfrack ihm buchstäblich vom Leibe rissen. Die Braut hatte sich durch schnelle Flucht in den Hausflur der Lynchjustiz entzogen, während die laut weinende Verlassene mit ihrem Kinde danongezogen war. Nachdem der Herr Bräutigam in seinem aufgelösten Zustande verschwunden war, zerstreute sich das Publikum.

Ueber die von der Polizei in hilflosem Zustande im Keller aufgefundenen Otilie B. geben uns noch folgende Mittheilungen zu: Die B. ist die Tochter eines in einem Dörfchen der Mark wohnenden Tischlers, welcher in seinem Ort als Trinker bekannt ist. Die B. hat es in ihrem elterlichen Hause nie gut gehabt und zog es deshalb vor, nach Berlin in Dienst zu gehen. Hier wurde sie vor etwa vier Wochen krank und ihr Vater kam her, um die Tochter nach der Heimath zurückzuführen. Auf dem Wege nach dem Bahnhof stieß derselbe mehrfache Drohungen gegen das Mädchen aus, was dasselbe veranlaßte, in einem unbewachten Augenblicke dem Vater zu entfliehen. Die B. wollte nun Zuflucht bei einer ihr bekannten Wittne in dem Hause der Mittenwalderstrasse 52 suchen, welche dort 4 Treppen hoch wohnt. Die Wittne scheint nun nicht mehr die Kraft besessen zu haben, die Treppen zu ersteigen, sie fand den Keller des Hauses offensichtlich und verfracht sich in demselben. In ihrer Schwäche scheint es nachher der B. unmöglich gewesen zu sein, den Keller zu verlassen, und so hat dieselbe sieben Tage, von Sonntag bis den darauf folgenden Sonnabend, in dem dunklen Winkel gefauert, ohne zu essen und zu trinken. In die Charite eingeliefert, befindet sie sich auf dem Wege der Besserung und dürfte nach Ausspruch der Aerzte wieder hergestellt werden können.

Gemäß den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 5. Februar bis 11. Februar cr. von je 1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin, 20,1, in Breslau 20,7, in Königsberg 19,6, in Rdn 25,4, in Frankfurt a. M. 21,3, in Wiesbaden 18,8, in Hannover 19,3, in Kassel 26,4, in Magdeburg 23,4, in Stettin 16,1, in Altona 23,7, in Straßburg 30,5, in Metz 36,2, in München 25,2, in Nürnberg 26,7, in Augsburg 29,7, in Dresden 21,1, in Leipzig 19,2, in Stuttgart 22,1, in Karlsruhe 25,1, in Braunschweig 23,1, in Hamburg 29,0, in Wien 26,7, in Pest 35,9, in Prag 34,3, in Triest 39,0, in Krakau 23,9, in Amsterdam 32,0, in Brüssel 31,3, in Paris 26,3, in Basel — in London 22,4, in Glasgow 24,1, in Liverpool 22,3, in Dublin 29,9, in Edinburgh 22,2, in Kopenhagen 23,2, in

Ich weiß nicht, ob es wirklich ein so großes Glück war, wie Sie behaupten. Wären Sie einen Beweis dafür?“ sagte er herausfordernd. „Nur ein Glück zu sein, wenn das Glück entgegenkommt,“ erlang ihre Stimme, — und der Dichter sah in ihrem Auge eine zerdrückte Thräne zitterte — im eignen Glück der Armen zu gedenken, ist eine Kunst.“ „Verstehe Sie nicht, Signora. Wessen sollte ich diesen Worten waren sie vor dem Hause angeklammert, bei dem Strauche, der von blühenden Rosen überhang.“ „Der Leidenden, Signore Bardi, der Leidenden,“ sagte sie. „Dann pflückte sie die schönste Rose, und ehe der Dichter es hindern konnte, reichte sie sie dem Dichter mit demselben und doch so ganz von der Süßigkeit unendlichen Glückes erfülltem Blid.“ „Sie sprach kein Wort — auch er schwieg. Sie gingen langsam hinaus, er aber auf der Straße drückte diese blühende, feurige Rose, welche ihr Auge geweicht hatte, an ihre Lippen.“ „Lange noch stand auf der Straße vor dem Hause ein Mann, der die Rose an die Lippen drückte, dann schaute er die Rose an, erst stumm, gedankenvoll, dann mit unendlichem Schmerz hingerissen, dann begann er zu weinen, sah wie die einzelnen Blättchen der Rose sich zersplittern, sah wie die einzelnen Blättchen sich von einander trennten, sah wie die einzelnen Blättchen sich von einander trennten, sah wie die einzelnen Blättchen sich von einander trennten.“ Seine tiefere Stimmung wirkte auf ihn mit großer Macht, daß die Rose ihm vor den Augen entschwand und diese Kreise übrig blieben, die beständig und immer

